

Teilprojekt A1

**Handelsliberalisierung und Sozialregulierung
in transnationalen Konstellationen**

3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt A1

3.1.1 Titel

Handelsliberalisierung und Sozialregulierung in transnationalen Konstellationen

3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung

Rechtswissenschaft in Kooperation mit Politikwissenschaft

3.1.3 Leiter

Prof. Dr. Josef Falke
geb. 17. 2. 1949

Zentrum für Europäische Rechtspolitik
an der Universität Bremen
Universitätsallee, GW 1
28359 Bremen
Tel: 0421/218-2244
E-Mail: jfalke@zerp.uni-bremen.de

Prof. Dr. Christian Joerges
geb. 27. 9. 1943

European University Institute
Law Department
Via Boccaccio 121
I 50133 Firenze
Tel.: 0039/055 4685 556 (306 Sekr.)
E-Mail: christian.joerges@iue.it

Beide Antragsteller sind unbefristet an der Uni Bremen angestellt. Christian Joerges, derzeit zum EUI beurlaubt, wird ab 1. Oktober 2007 eine Forschungsprofessur der Universität Bremen wahrnehmen.

3.1.4 Erklärung

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Untersuchungen vorgesehen.

3.1.5 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (Ergänzungsausstattung)

Das Teilprojekt wird seit Januar 2003 im Sonderforschungsbereich gefördert.

Haushaltsjahr		Personalmittel	Sachmittel	Investitionsmittel	Gesamt
Bisherige Förderung	2003	134,4	10,4	–	144,8
	2004	134,4	8,2	–	142,6
	2005	134,4	24,8	–	159,2
	2006	134,4	3,4	–	137,8
	Σ 2003-2006	537,6	46,8	–	584,4
Beantragte Förderung	2007	100,2	5,5	–	105,7
	2008	129,6	6,9	–	136,5
	2009	129,6	6,4	–	136,0
	2010	129,6	3,0	–	132,6
	Σ 2007-2010	489,0	21,8	–	510,8

(Beträge in 1000 €)

3.2 Zusammenfassung

Kurzfassung

Das Projekt befasst sich mit der Internationalisierung wichtiger Aspekte von (Rechts-)Staatlichkeit im DRIS, nämlich seinen mit den Mitteln des Rechts zu verfolgenden Aufgaben in ausgewählten Bereichen der Sozialregulierung. Die Ausprägungen der Supra- bzw. Internationalisierung sowie der daraus resultierenden Sozialregulierungsfähigkeit sind bisher für den Umweltschutz und die Lebensmittelsicherheit im Vergleich der EG und der WTO analysiert worden. Die dabei identifizierten fördernden und hemmenden Bedingungen sollen in möglichst robuste Erklärungsmodelle integriert werden, wozu der Vergleich auf weitere Märkte (Dienstleistungshandel) und Schutzziele (Arbeits- und Verbraucherschutz) ausgedehnt wird.

Langfassung

Sozialregulierung auf nationalstaatlicher Ebene ist zunehmend strengen Regeln des EG- und WTO-Rechts unterworfen, während die Bedingungen für eine erfolgreiche Koordinierung von Handels- und Sozialregulierungszielen jenseits des Nationalstaats nur teilweise gegeben sind. In der ersten Phase ist die Entwicklung sozialregulativer Politiken und ihres rechtlichen Rahmens im internationalen Kontext der WTO und in der supranationalen EG für die Politikfelder Handel und Umweltschutz sowie Handel und Lebensmittelsicherheit untersucht worden. Die bisher identifizierten fördernden und hemmenden Bedingungen für die Fähigkeit, den internationalen Handel bzw. den europäischen Binnenmarkt sozialregulatorisch zu gestalten (Sozialregulierungsfähigkeit), sollen in der zweiten Phase in möglichst robuste Erklärungsmodelle integriert werden, die in der Lage sind, die kennzeichnenden Unterschiede zwischen den Handlungsebenen (national, supranational, international) und zwischen einzelnen Politikfeldern zu erfassen. Durch bereichsspezifische Fallstudien sollen weitere Märkte (Dienstleistungshandel) und Schutzziele (Arbeits- und Verbraucherschutz) in das Erklärungsmodell integriert werden. Diese Fallstudien sind so angelegt, dass sie Erklärungen nicht nur für Routinepolitiken erlauben, sondern auch für Gegenstandsbereiche, die ethisch hoch aufgeladen oder in ihrer wissenschaftlichen Fundierung umstritten sind oder in denen nicht die Staaten oder Internationale Organisationen, sondern Unternehmen, Verbraucher und nicht-staatliche Organisationen als Hauptakteure auftreten.

Erste Phase (2003-2006) <i>Ergebnisse</i>	Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Internationalisierung der Sozialregulierung in den Bereichen Umweltschutz und Lebensmittelsicherheit durch Negativintegration (EG- bzw. WTO-rechtliche Einschränkung nationalstaatlicher Regulierungsfähigkeit) und Positivintegration (koordinierte Regulierung)	Erklärung der festgestellten Unterschiede in der Inter- bzw. Supranationalisierung und Sozialregulierungsfähigkeit zwischen Politikfeldern und Governance-Ebenen; Absicherung der Erklärungen durch drei Fallstudien mit jeweils zwei kontrastierenden Teilelementen	Untersuchung der Folgen von Sozialregulierung (empirisch) und Entwicklung neuer Regulierungsmodelle (normativ) für die Gestaltung des Welthandels bzw. des europäischen Binnenmarktes sowie für die konstitutionelle Weiterentwicklung der WTO und der EG/EU

3.3 Bericht über die bisherige Entwicklung des Teilprojekts

3.3.1 *Bericht*

Um der wohlfahrtssteigernden Effekte des internationalen Handels willen haben die jeweiligen Mitgliedstaaten von EG/EU und GATT/WTO einen vollständigen bzw. weitreichenden Abbau von Zöllen innerhalb dieser beiden Organisationen vereinbart. Die potentiell handelshemmende Wirkung divergierender nationalstaatlicher Regulierungsmaßnahmen wird infolgedessen stärker wahrgenommen, und die Bemühungen zum Abbau solcher Divergenzen sind auf europäischer und auch auf globaler Ebene intensiviert worden. Der größte und wichtigste Teilbereich nichttarifärer Handelshemmnisse sind Maßnahmen des Umwelt-, Gesundheits-, Arbeits- und Verbraucherschutzes; diese zählen zum Bereich der „marktnahen Sozialregulierung“.¹ Inwieweit können diese Schutzziele in Einklang gebracht werden mit dem Ziel des intensivierten internationalen Handels von Waren und Dienstleistungen?

Der durch internationale Verrechtlichung bedingte Wandel der Sozialregulierung ist in einem interdisziplinären Sammelband für zentrale regulative Politiken systematisch untersucht worden (Joerges & Petersmann 2006 [5]²). Als Hauptergebnis dieser und weiterer Publikationen kann festgehalten werden, dass europäisches und internationales Recht verstärkt die nationalstaatliche Sozialregulierung selbst in politisch hochkontroversen Bereichen wie der Gentechnik kontrolliert und teilweise komplementiert, mit weitreichenden Folgen für den Bedarf einer „Konstitutionalisierung“ [ebenda; Herwig 2007 [54]]. Dieser Befund ist in weiteren Arbeiten sowohl für die supranationale (EG) als auch für die internationale (WTO) Regulierung in den Politikfeldern Umweltschutz und Lebensmittelsicherheit erhärtet und

¹ Im Unterschied zu distributiver und redistributiver Politik geht es bei (sozial-)regulativer Politik um Steuerung durch Verhaltensvorgaben (Majone 1996; siehe auch schon Lowi 1964). *Marktnahe* Sozialregulierung umfasst Maßnahmen, die generell zur Gestaltung von Märkten und insbesondere zur Verhinderung und Korrektur unerwünschter Marktergebnisse eingesetzt werden.

² Zitierte Literatur mit **fett** gesetzter Jahreszahl findet sich nur unter 3.3.2 und nicht am Ende des Antrags im Literaturverzeichnis. Um das Auffinden zu vereinfachen, sind die Nummern aus 3.3.2 jeweils beim Zitat in [eckigen] Klammern angefügt.

differenziert worden (s. zusammenfassend unten Tab. 1). Außerdem sind vorbereitende Arbeiten zur Produktsicherheit, zur Liberalisierung von Dienstleistungen und zu Arbeitsstandards durchgeführt worden (Joerges **2005a** [3], **2006c** [16]; Joerges & Godt **2005** [18]; Falke **2004b** [45], **c** [57], **2006d** [63], **2005b** [66]).

Das Projekt konzipiert den Wandel von Staatlichkeit mit Hilfe des in der Politik- und Wirtschaftswissenschaft fest etablierten Begriffspaares der Negativ- und Positivintegration.³ Als die wichtigsten Elemente der *Negativintegration*⁴ werden identifiziert: (i) generelle Diskriminierungsverbote; (ii) die Pflicht zur gegenseitigen Anerkennung von Standards; (iii) die Pflicht, Abweichungen von europäischen bzw. globalen Standards zu begründen (Joerges **2005a** [3], **2006c** [15]; Joerges & Godt **2005** [18]; Falke **2006a** [12]; Herwig **2007** [54]). Die Reichweite der Negativintegration, und damit die potentielle Einschränkung nationalstaatlicher Sozialregulierungsfähigkeit, wird noch wesentlich gesteigert durch eine wirksame judizielle Kontrolle entsprechender Vereinbarungen, wie sie nunmehr im Rahmen der EG und WTO gegeben ist (Zürn & Joerges **2005** [6]; Gerstetter **2006** [8]; Conrad **2006** [29]; Herwig **2006b** [31], **2007** [49]). Selbst solche nationalen Regulierungen, die – etwa im Bereich des Umweltschutzes – auf Produktionsprozesse und nicht auf unmittelbar handelsrelevante Produkteigenschaften abzielen, können einer Kontrolle durch die Streitbeilegungsgremien unterworfen werden (Conrad **2006** [29], **2007** [48]).

Der Prozess der europäischen Integration lehrt, dass die Schaffung eines funktionierenden gemeinsamen Marktes nicht nur von der Beseitigung tarifärer und regulatorischer Handelshemmnisse auf nationalstaatlicher Ebene abhängt, sondern auch das Setzen gemeinsamer substantieller oder prozeduraler Standards auf internationaler Ebene erfordert (Joerges **2005a** [3], **2006a** [12], **b** [15], **c** [16]; Joerges & Godt **2005** [18]). Verschiedene Elemente einer solchen *Positivintegration* beobachten wir auch im Kontext der WTO, allerdings für die beiden Politikfelder in deutlich unterschiedlicher Ausprägung. Im Bereich der Lebensmittelsicherheit setzt die Codex-Alimentarius-Kommission (CAK) globale Mindeststandards, die ins WTO-Recht „importiert“ werden (Hüller & Maier **2006** [11]; Joerges **2006c** [16]; Joerges & Godt **2005** [18]; Herwig **2007** [54]). Mangels einschlägiger Zusatzabkommen ist der Normimport im Bereich des Umweltschutzes auf Fallentscheidungen der Streitbeilegungsgremien beschränkt (Godt **2006b** [9]; Conrad **2006** [29]; Gerstetter **2007** [49]). Aber auch dadurch entsteht ein gewisser Druck, Normen und Ziele der multilateralen Umweltabkommen und des WTO-Rechts aufeinander abzustimmen (Ehlin **2006** [7]; Godt **2006b** [9]).

³ Zur Verwendung dieses Begriffspaares in der juristischen Literatur vgl. Cottier (1998); Cottier, Mavroidis & Blatter (2000) und Marceau & Trachtman (2002).

⁴ Negativintegration meint generell „die Beseitigung von Zöllen, von quantitativen und qualitativen Beschränkungen des freien Handels und von Behinderungen des freien Wettbewerbs“ (Scharpf 1999, 49). Sie kann von den Staaten nicht nur Unterlassungen, sondern auch aktive Maßnahmen erfordern.

Je nachdem, wie Negativ- und Positivintegration in einem bestimmten Bereich zusammenwirken, stellen wir unterschiedliche Arten und Ausmaße des Wandels von Staatlichkeit fest. In praktisch allen untersuchten Bereichen geht der Wandel in Richtung einer *Internationalisierung* bzw., im Fall der EG, einer *Supranationalisierung* der Sozialregulierung.⁵ Diese kann aber selbst in der EG nur zum geringeren Teil als *Verlagerung* beschrieben werden, die zudem unvollständig ist, denn fast immer bleibt den Nationalstaaten noch ein gewisser Entscheidungsspielraum, sei es in Gestalt von Schutzklauseln für (wenn auch begründungspflichtige) weitergehende Regulierung, sei es bei der Umsetzung europäischen Rechts (Falke **2006a** [13]; Joerges **2006b** [15]).⁶ Die meisten der untersuchten Governance-Arrangements sind dagegen eher als „Anlagerung“ sozialregulatorischer Politiken auf europäischer und internationaler Ebene zu verstehen, die nicht an die Stelle nationalstaatlicher Politiken treten, sondern mit diesen mehr oder weniger eng *verschränkt* sind. Besonders ausgeprägte Formen der Verschränkung sind z.B. die Beteiligung von supranationalen Institutionen (Kommission, Europäisches Parlament) und von Vertretern der Mitgliedstaaten (Rat) in europäischen Rechtssetzungsverfahren (Falke **2006a** [13]), die gemeinsame „Implementation“ von EG-Recht durch Kommission und Mitgliedstaaten im Rahmen der Komitologie-Verfahren (Joerges **2006b** [15], Joerges **2003** [70]) oder auch die multilaterale Entwicklung globaler Mindeststandards durch die CAK (Joerges **2005a** [3], **2006c** [16]; Joerges & Godt **2005** [18]; Hüller & Maier **2006** [11]; Herwig **2007** [54]). Aus der Doppelrolle der EG als supranationaler Institution und als Akteur der internationalen Politik folgt, dass die Verschränkung in einigen Bereichen alle drei Governance-Ebenen umfasst: die nationale, die europäische und die globale (Maier **2006b** [47], **2007** [56]).

Zwischen den einzelnen Untersuchungsbereichen variiert auch die *Sozialregulierungsfähigkeit*, wie sie sich insgesamt, d.h. über die Governance-Ebenen hinweg, als Resultat der gewandelten Staatlichkeit darstellt. Dabei geht es neben der rechtlichen Kompetenz um komplexe und von Politikfeld zu Politikfeld unterschiedliche begünstigende Faktoren für erfolgreiche Sozialregulierung. Am höchsten ist die Sozialregulierungsfähigkeit dort, wo nationalstaatliche Regulierungskompetenzen lediglich solchen Begründungsanforderungen unterworfen sind, die zur Verhinderung von reinem Protektionismus notwendig sind, während in verschränkten transnationalen Handlungszusammenhängen Probleme bearbeitet werden, die einzelstaatlichen Lösungen gar nicht zugänglich sind, so beispielsweise der Klimaschutz. Am niedrigsten ist sie umgekehrt dort, wo den Nationalstaaten durch EG- oder WTO-

⁵ Zu dieser Unterscheidung siehe unten Tabelle 2.

⁶ Eine vollständige Verlagerung im Sinne einer restlosen Übertragung von Kompetenzen gibt es in der EG-Handelspolitik. Die einzelnen EG-Mitgliedstaaten müssen deswegen ihre spezifischen Interessen bereits bei der Vorbereitung des EG-Standpunktes in den für die Sozialregulierung relevanten WTO-Gremien verfolgen.

Recht relativ enge Grenzen auferlegt sind, während die Positivintegration in Form von Standardsetzung auf diesen Ebenen etwa durch hohe Konsenserfordernisse blockiert ist (z.B. die Regulierung gentechnisch veränderter Lebensmittel in der CAK [54]) oder weitgehend wirkungslos bleibt (z.B. viele ILO-Übereinkommen). Generell ist jedoch die Sozialregulierungsfähigkeit jenseits der EG stärker beeinträchtigt als innerhalb; das immer „holistischer“ gewordene Europarecht ist dem außerordentlich fragmentierten Völkerrecht und seinen mit spezialisierten Internationalen Organisationen verknüpften „Regulierungsinself“ in dieser Hinsicht überlegen (Godt 2006b [9]).

Die Verbindung dieser drei Analyseperspektiven – Integrationsmodi, Internationalisierung/Supranationalisierung und Sozialregulierungsfähigkeit – bei der vergleichenden Analyse von Politikfeldern und Governance-Ebenen ist das kreative Hauptmerkmal des Projektes. Die empirischen Befunde können – in Analogie zu der für den Sfb zentralen These einer *Zerfaserung* von Staatlichkeit über die verschiedenen Dimensionen des DRIS hinweg – für den bisher untersuchten Bereich der Sozialregulierung in der These einer *internen* Zerfaserung zugespitzt werden: Schon innerhalb der hier untersuchten, relativ nahe miteinander verwandten Problemfelder variieren sowohl die Formen des beobachteten Wandels als auch das jeweilige Maß an Sozialregulierungsfähigkeit. Diese Unterschiede zwischen den ausgewählten Politikfeldern sowie zwischen den Governance-Ebenen EG und WTO sollen zentraler Gegenstand der Erklärung in der zweiten Phase des Projektes sein.

Tabelle 1: Ergebnis-Übersicht

	Umweltschutz	Lebensmittelsicherheit
	1, 4, 7, 8, 9, 10, 14, 29, 48, 49, 52 & 53	2, 11, 22, 31, 32, 33, 35, 49, 50, 52 & 54
DRIS und WTO	<i>Negativintegration:</i>	
	<ul style="list-style-type: none"> – Generelles Diskriminierungsverbot – Spezielle Begründungspflichten – Quasi-gerichtliche Kontrolle 	
	<i>Positivintegration:</i>	<i>Positivintegration:</i>
	<ul style="list-style-type: none"> – Internationales Umweltrecht mit unklarer Bedeutung für die WTO – Normimport durch Fallentscheid grundsätzlich möglich – Unwirksames quasi-legislatorisches Gremium (CTE) 	<ul style="list-style-type: none"> – Globale Mindestnormen der CAK – Normimport durch expliziten Querverweis (SPS-Übereinkommen) und Fallentscheid – Begrenzt wirksames quasi-legislatorisches Gremium (SPS-Ausschuss)
	➤ <i>Internationalisierung</i> als Anlagerung, nur locker verschränkt	➤ <i>Internationalisierung</i> als Anlagerung, eng verschränkt
➤ Eher geringe <i>Sozialregulierungsfähigkeit</i>	➤ Mittlere bis hohe <i>Sozialregulierungsfähigkeit</i>	

	Umweltschutz	Lebensmittelsicherheit
	36, 37, 38, 39, 52, 53	13, 42, 47, 50, 52, 54
DRIS und E/C/EU	<i>Negativintegration:</i> – Generelles Diskriminierungsverbot – Gegenseitige Anerkennung – Spezielle Begründungspflichten – Umfassende gerichtliche Kontrolle	
	<i>Positivintegration:</i> – Umfassendes Legislativprogramm (Mitentscheidungsverfahren, aber wichtige Ausnahmen) – Querschnittsklausel, „hohes Schutz-niveau“, Vorsorgeprinzip – Umsetzung durch Komitologie-Verwaltung und Mitgliedstaaten	<i>Positivintegration:</i> – Umfassendes Legislativprogramm (i.d.R. Mitentscheidungsverfahren) – Querschnittsklausel, „hohes Schutzniveau“, Vorsorgeprinzip – Umsetzung durch Komitologie-Verwaltung und Mitgliedstaaten
	➤ <i>Supranationalisierung</i> – zwischen Anlagerung und unvollständiger Verlagerung, eng verschränkt	➤ <i>Supranationalisierung</i> – zwischen Anlagerung und unvollständiger Verlagerung, eng verschränkt
	➤ Generell hohe <i>Sozialregulierungs-fähigkeit</i> , geringer u.a. bei Umweltsteuern	➤ Hohe <i>Sozialregulierungsfähigkeit</i> bei Routineentscheidungen, geringer bei Wertkonflikten (GVO-Lebensmittel)

Für die in der dritten Phase systematisch anzugehende Aufgabe einer „makrotheoretischen“ – auch normativen – Gesamteinschätzung der festgestellten Veränderungen sind im zurückliegenden Untersuchungszeitraum ebenfalls wichtige Vorarbeiten geleistet worden, vor allem was den Beitrag kollisionsrechtlicher Konzepte zur politisch-rechtlichen Gestaltung marktnaher Sozialregulierung über mehrere politische Ebenen betrifft (Joerges **2005a** [3], **2006b** [15], c [16]; Joerges & Godt **2005** [18]). Generell sind die in den ausgewählten Politikfeldern festgestellten Veränderungsprozesse mit den Legitimationsanforderungen demokratischer Rechts- und Sozialstaaten, des Europäischen Rechts und des Welthandelsrechts verglichen worden (Joerges **2005a** [3]; Joerges & Petersmann **2006** [5]; Hüller & Maier **2006** [11]; Joerges & Godt **2005** [18]; Herwig **2007** [54]). Begleitend dazu wurden Ansätze untersucht, in denen durch Rückgriff auf wissenschaftliche Expertise und externe Regelwerke die Legitimität und Effektivität der Sozialregulierung gesteigert werden soll (Joerges & Neyer **2003** [2]; Godt **2006b** [9], Herwig **2006a** [10]; Gers-tetter & Maier **2004** [22]).

3.3.2 *Liste der aus dem Teilprojekt seit der letzten Antragstellung entstandenen Publikationen*

(I.) *Referierte Beiträge für*

(a) *Wissenschaftliche Zeitschriften*

- Godt, Christine (2004) Von der Biopiraterie zum Biodiversitätsregime, in: *Zeitschrift für Umweltrecht* **15**:4, 202-212

2. Joerges, Christian & Jürgen Neyer (2003) Politics, Risk Management, World Trade Organisation Governance and the Limits of Legalisation, in: *Science and Public Policy* **30**:3, 219-225
3. Joerges, Christian (2005a) Free Trade with Hazardous Products? The Emergence of Transnational Governance with Eroding State Government, in: *European Foreign Affairs Review* **10**:4, 553-574 (Special Issue, Mary Farrell, Hg., *External Relations – Exporting the EU Model of Governance?*)
(b) *Monographische Reihen (einschließlich book proposals)*
4. Godt, Christine (2006a) *Eigentum an Information – ein Beitrag zur Rückführung der Patenttheorie an die allgemeine Eigentumstheorie am Beispiel genetischer Information*, Tübingen: Mohr Siebeck (Habilitationsschrift, Universität Bremen; im Druck)
5. Joerges, Christian & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg. (2006) *Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and Social Regulation*, Oxford: Hart (im Druck)
6. Zürn, Michael & Christian Joerges, Hg. (2005) *Governance and Law in Postnational Constellations: Compliance in Europe and Beyond*, Cambridge: Cambridge University Press
(c) *Sammelbandbeiträge*
7. Ehling, Ulrike (2006) Environmental Policies and the CTE: A Record of Failure?, in: Christian Joerges & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg., *Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and Social Regulation*, Oxford: Hart, 575-596⁷
8. Gerstetter, Christiane (2006) The Appellate Body's "Response" to the Tensions and Interdependencies between Transnational Trade Governance and Social Regulation, in: *ibid.* [5], 239-259
9. Godt, Christine (2006b) Global Environmental Governance and the WTO, in: *ibid.* [5], 553-574
10. Herwig, Alexia (2006a) The Precautionary Principle in Support of Practical Reason: An Argument Against Formalistic Interpretations of the Precautionary Principle, in: *ibid.* [5], 437-463
11. Hüller, Thorsten & Matthias Leonhard Maier (2006) Fixing the Codex? Global Governance of Trade and Food-Safety Issues under Review, in: *ibid.* [5], 403-436
12. Joerges, Christian (2006a) Constitutionalism in Postnational Constellations: Contrasting Social Regulation in the EU and in the WTO, in: *ibid.* [5], 631-669
13. Falke, Josef (2006a) Gesundheit und Gemeinwohl in der europäischen Verbraucherschutzpolitik, in: Gerold Ambrosius & Peter Schmitt-Egner, Hg., *Europäisches Gemeinwohl: Historische Dimension und aktuelle Bedeutung*, Baden-Baden: Nomos, 205-270
14. Godt, Christine (2006c) The Doha Waiver Compromise – About Failed Concepts and Mutual Recognition in the System of International Intellectual Property Protection, in:

⁷ Bei den Sammelbandbeiträgen werden die auf das Projekt bezogenen Kapitel dieses Bandes angegeben (s. die Nr. 7-12). Sie werden nach den Manuskriptseiten ausgewiesen, da die Korrekturfahnen im Mai noch nicht vorlagen.

- Hanns Ullrich, Hg., *Public Policy and Trade in Intellectual Property Law*, Frankfurt a.M.: Lang (im Druck)
15. Joerges, Christian (2006b), Rethinking European Law's Supremacy: A Plea for a Supranational Conflict of Laws, in: Beate Kohler-Koch & Berthold Rittberger, Hg., *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*, Lanham MD: Rowman (im Druck)
 16. Joerges, Christian (2006c) Freier Handel mit riskanten Produkten? Die Erosion nationalstaatlichen und die Emergenz transnationalen Regierens, in: Stephan Leibfried & Michael Zürn, Hg., *Transformationen des Staates*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 151-193
 17. Joerges, Christian & Michelle Everson (2005) The European Turn to Governance and Unanswered Questions of Legitimacy: Two Examples and Counter-Intuitive Suggestions, in: Christian Joerges, Bo Strath & Peter Wagner, Hg., *The Economy as Polity: The Political Constitution of Contemporary Capitalism*, London: UCL Press, 159-179
 18. Joerges, Christian & Christine Godt (2005) Free Trade: The Erosion of National and Birth of Transnational Governance, in: Stephan Leibfried & Michael Zürn, Hg., *Transformations of the State?*, Cambridge: Cambridge University Press, 93-118
- (d) *Wesentliche Fachkongresse*
19. Ehling, Ulrike & Christine Godt, Conference on Legal Patterns of Transnational Social Regulation, Vortrag und Papier *Global Environmental Governance and the WTO*, European University Institute, Florenz, 24.-25. September 2004
 20. Falke, Josef, Conference on Legal Patterns of Transnational Social Regulation, Comment on Robert Howse and Harm Schepel: *International und European Private Standards and the Regulation of Integrating Markets*, European University Institute, Florenz, 24.-25. September 2004
 21. Falke, Josef, Tagung „Europäisches Gemeinwohl: Historische Dimension und aktuelle Bedeutung“, Vortrag und Papier *Gesundheit und Gemeinwohl in der europäischen Verbraucherschutzpolitik*, Universität Siegen, 24.-25. Juni 2004
 22. Gerstetter, Christiane & Matthias Leonhard Maier, Conference on Legal Patterns of Transnational Social Regulation, Vortrag und Papier *Legalise it or Criticise it? Debating the Precautionary Principle in and around the WTO*, European University Institute, Florenz, 24.-25. September 2004
 23. Godt, Christine, Conference on Public Policy and Trade in Intellectual Property Law, Vortrag und Papier: Comments on Thomas Cottier, *The Doha Waiver Compromise and its Effects on the Nature of the TRIPS System of International Intellectual Property Protection*, Brügge, Belgien, 5. Oktober 2005
 24. Godt, Christine, Ecologic-Konferenz "Moving forward from Cancún", Vortrag und Papier *Intellectual Property Rights and Environmental Protection after Cancún*, Berlin, 30.-31. Oktober 2003 (<http://www.ecologic-events.de/Cat-E/en/presentations.htm>)
 25. Joerges, Christian, Conference on Legal Patterns of Transnational Social Regulation, Vortrag und Paper: *Juridification Patterns for Social Regulation and the WTO – A Theoretical Framework*, European University Institute, Florenz, 24.-25. September 2004

26. Joerges, Christian, *Free Trade and the WTO: The Erosion of National and the Birth of Transnational Governance*, Kolloquium an der Escola de Direito da Fundação Getulio Vargas, São Paolo, Brasilien, 18. April 2005
27. Joerges, Christian, *Multilevel Governance as a Threat to the Rule of Law?*, Beitrag zur Mid-term Conference des Networks of Excellence on European Governance "Connex" in Mannheim (MZES), 3.-5. November 2005 (<http://www.connex-network.org>)
28. Joerges, Christian, *The Legitimacy Problematics of the European Turn to Governance: Two Examples and Counter-Intuitive Suggestions*, Pontifica Universidade Católica do Rio de Janeiro (PUC-Rio), 20. April 2005

(e) *Arbeitspapiere*

29. Conrad, Christiane (2006) *Fathoming the Pandora's Box: Process and Production Methods, Domestic Regulation, and Wider Impacts of International Trade*, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Working Paper, in Begutachtung)
30. Gerstetter, Christiane & Matthias Leonhard Maier (2005) *Risk Regulation, Trade and International Law: Debating the Precautionary Principle in and around the WTO*, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Working Paper 18)
31. Herwig, Alexia (2006b) *Compliance with SPS Obligations: Between Juridification and Politics?*, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Working Paper, in Vorbereitung)
32. Joerges, Christian (2005a) *Juridification Patterns for Social Regulation and the WTO: A Theoretical Framework*, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Working Paper 17)
33. Joerges, Christian (2005b) *Free Trade with Hazardous Products? The Emergence of Transnational Governance with Eroding State Government*, Florenz: Europäisches Hochschulinstitut, Juristischer Fachbereich (EUI Working Paper Law 16/2005, s. <http://www.iue.it/LAW/Publications.shtml>)
34. Joerges, Christian (2005c) *Rethinking European Law's Supremacy: A Plea for a Supranational Conflict of Laws* (with comments by Damian Chalmers, Rainer Nickel, Florian Rödl, Robert Wai), Florenz: Europäisches Hochschulinstitut, Juristischer Fachbereich (EUI Working Paper Law 12/2005;s. <http://www.iue.it/LAW/Publications.shtml>)
35. Maier, Matthias Leonhard (2006a) *The WTO Committee on Sanitary and Phytosanitary Measures*, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Working Paper, in Vorbereitung)

(II.) *Nicht-referierte Beiträge für*

(a) *Wissenschaftliche Zeitschriften*

36. Falke, Josef (2003a) *Neueste Entwicklungen im europäischen Umweltrecht*, in: *Zeitschrift für Umweltrecht* **14**:1, 53-54, 118-122; Sonderheft, 191-192; 3, 249-250; 4, 305-307; 5, 374-377; 6, 435-437
37. Falke, Josef (2004a) *Neueste Entwicklungen im europäischen Umweltrecht*, in: *Zeitschrift für Umweltrecht* **15**:1, 53-56; 2, 114-117; 3, 180-183; 4, 244-248; 5, 307-310; 6, 372-375
38. Falke, Josef (2005a) *Neueste Entwicklungen im Europäischen Umweltrecht*, in: *Zeitschrift für Umweltrecht* **16**:1, 46-48; 3, 162-165; 5, 272-277; 7/8, 384-386; 10, 499-502; 12, 611-614

39. Falke, Josef (2006b) Neueste Entwicklungen im Europäischen Umweltrecht, in: *Zeitschrift für Umweltrecht* 17:2, 105-108; 4, 218-224; 6, 327-331
40. Herwig, Alexia (2006) Book Review of „Food Regulation and Trade: Towards a Safe and Open Global System“, in: *Global Law Books* (<http://www.globallawbooks.org>)
(b) *Monographische Reihen (einschließlich book proposals)*
c) *Sammelbandbeiträge*
41. Godt, Christine (2003a) International Economic and Environmental Law: Exercises in Untangling the Dogmatic Conundrum, in: Ludwig Krämer, Hg., *Recht und Um-Welt: Essays in honour of Prof. Dr. Gerd Winter*, Groningen: Europa Law Publishing, 235-252
42. Falke, Josef (2006c) Die Neuorganisation des Schutzes von Lebensmittelrisiken im Vereinigten Königreich und in Frankreich, in: Klaus Vieweg, Hg., *Risiko – Recht – Verantwortung*, Köln u.a.: Heymanns, 119-130
(d) *Wesentliche Fachkongresse*
43. Conrad, Christiane, Vortrag und Präsentation, *Process and Production Methods (PPMs) under the GATT, ITEL*, Luncheon Speaker Series, Georgetown University, Washington, D.C., 10. April 2006
44. Conrad, Christiane, Vortrag und Papier: The GMO Dispute and Limitations on National Social Regulation. How can the WTO Master the Balancing Act?, GMO-Roundtable, Hebrew University of Jerusalem, Israel, 21. Juni 2006
(e) *Arbeitspapiere*
45. Falke, Josef (2004b) Normung und Dienstleistungen – Anforderungen und Handlungsspielräume nach dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), Bremen: Universität, Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP-Diskussionspapier 1/2004)
46. Godt, Christine (2003b) Streit um den Biopatentschutz, Patente auf Leben und Ordre Public – Nationaler Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung der Europäischen Biopatentrichtlinie, Bremen: Universität, Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP-Diskussionspapier 1/2003)
47. Maier, Matthias Leonhard (2006b) Stakeholder Consultation in the European Codex Process: Issues and Options, Brüssel: Europäische Kommission (DG SANCO Discussion Paper)
(f) *Qualifikationsarbeiten*
48. Conrad, Christiane (2007) The Status of Non-Product-Related Trade Measures under the Law of the WTO – Special Consideration of Processes and Production Methods (Arbeitstitel), Bremen: Universität (Dissertation, Fertigstellung geplant für 2006)
49. Gerstetter, Christiane (2007) The Balancing of Trade and Non-trade Concerns by the WTO Dispute Settlement Bodies, Bremen: Universität (Dissertation, Fertigstellung geplant für 2006)
50. Maier, Matthias Leonhard (2008) Risikoregulierung und Internationalisierung: Lebensmittelsicherheitspolitik in der Europäischen Union, der Welthandelsorganisation und

den Vereinten Nationen (Arbeitstitel), Bremen: Universität (Dissertation, Fertigstellung geplant für 2007)

(III.) *Eingereichte Beiträge*

(a) *Wissenschaftliche Zeitschriften*

51. Herwig, Alexia (2006c) Book Review of „Food Regulation and Trade: Towards a Safe and Open Global System”, in: *World Trade Review* (i.E.)

(b) *Monographische Reihen (einschließlich book proposals)*

52. Falke, Josef (2007) Sozialregulierung, europäischer Binnenmarkt und Welthandel. Marktschaffende und marktkorrigierende Aktivitäten der EG und der WTO sowie ihre Auswirkungen auf Nationalstaaten im Vergleich, Baden-Baden: Nomos (*book proposal* für eine Monographie in der Schriftenreihe des ZERP liegt vor)
53. Godt, Christine (2007) WTO, EU and the Environment – About the Changing Nature of Environmental Protection under the Auspices of Free Trade, Bremen. Universität (*book proposal* für eine Monographie liegt vor)
54. Herwig, Alexia (2007) *Taking Pluralism Seriously: How the WTO Should Regulate Food Safety and Consumer Choice Aspects of Trade in Genetically Modified Goods*, Cambridge University Press (Ph.D., New York University, eingereicht bei CUP)

(c) *Sammelbandbeiträge*

55. Maier, Matthias Leonhard (2006) Crisis, Cognition and Change in European Food-safety Policy, in: Andreas Gofas & Colin Hay, Hg., *The Ideational Turn in International and European Studies*, London: Routledge (i.E.)

(d) *Wesentliche Fachkongresse*

56. Maier, Matthias Leonhard (2007) Third Pan-European Conference on EU Politics, Vortrag und Papier *Conflicting Concerns in the EU's External Food-safety Policy: Health, Trade and Global Governance*, Istanbul, 21.-23. September 2006

(e) *Arbeitspapiere*

(IV.) *Einschlägige Parallelveröffentlichungen von Teilprojektmitgliedern*

(a) *Wissenschaftliche Zeitschriften*

57. Falke, Josef (2004c) Der soziale Dialog – Neue Säule des Schutzes vor Diskriminierung?, in: *Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht* 2004:5/6, 244-256

(b) *Monographische Reihen (einschließlich book proposals)*

58. Eriksen, Erik Oddvar, Christian Joerges & Jürgen Neyer, Hg. (2003) *European Governance, Deliberation and the Quest for Democratisation*, Oslo: ARENA (ARENA-Report 2/03)
59. Joerges, Christian, Inger-Johanne Sand & Gunther Teubner, Hg. (2004) *Transnational Governance and Constitutionalism*, Oxford: Hart
60. Joerges, Christian, Bo Strath & Peter Wagner, Hg. (2005) *The Economy as Polity: The Political Constitution of Contemporary Capitalism*, London: UCL Press

(c) *Sammelbandbeiträge*

61. Godt, Christine (2006d) EU-Forschungs-, Wissenschafts- und Technologiepolitik, Kapitel N, in: Manfred A. Dausen, Hg., *Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts*, München: Beck (i.E.)
62. Godt, Christine (2006e) The Role of Patents in Scientific Competition, in: Max Albert, Hg., *Scientific Competition – Theory and Policy*, Tübingen: Mohr-Siebeck (*Schriftenreihe Conferences on New Political Economy*) (i.E.)
63. Falke, Josef (2006d) Management von Risiken technischer Produkte im Rahmen der Neuen Konzeption zur technischen Harmonisierung und Normung, in: Klaus Vieweg, Hg., *Risiko – Recht – Verantwortung*, Köln u.a.: Heymanns, 355-402
64. Falke, Josef (2006e) Verbesserung, Verwässerung oder Stillstand? Das Ergebnis der Regierungskonferenz im Vergleich zum Konvent, in: Ulrike Liebert, Josef Falke & Andreas Maurer, Hg., *Postnational Constitutionalisation in the Wider Europe/Postnationaler Verfassungsprozess im erweiterten Europa*, Baden-Baden: Nomos, 183-226
65. Falke Josef (2006f) Treaty Establishing a Constitution for Europe. Comparison with the Draft of the Convention, the Treaty Establishing the European Community (TEC), the Treaty on the European Union (TEU) and the Charter of Fundamental Rights of the European Union, in: Ulrike Liebert, Josef Falke & Andreas Maurer, Hg., *Postnational Constitutionalisation in the Wider Europe/Postnationaler Verfassungsprozess im erweiterten Europa*, Baden-Baden: Nomos, 351-384
66. Falke, Josef (2005b) Mit sozialem Dialog gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz? Einige empirische Daten, in: Ursula Rust, Doris König, Joachim Lange & Klaus Sieveking, Hg., *Die Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsrichtlinien in Deutschland*, Loccum: Evangelische Akademie, 139-171 (Loccumer Protokolle 79/04)
67. Falke, Josef (2004d) Die Aarhus-Konvention und der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, in: Josef Falke & Sabine Schlacke, Hg., *Information, Beteiligung, Rechtsschutz. Neue Entwicklungen im Umwelt- und Verbraucherrecht*, Berlin: Rhombos-Verlag, 99-130
68. Falke, Josef (2003b) Auf dem Weg zu einer europäischen sozialen Marktwirtschaft?, in: Ulrike Liebert, Josef Falke, Kathrin Packham & Daniel Allnoch, Hg., *Verfassungsexperiment. Europa auf dem Weg zur transnationalen Demokratie?*, Münster: LIT-Verlag, 119-136
69. Falke, Josef (2003c) Der soziale Dialog – Neue Säule des Schutzes vor Diskriminierung?, in: Doris König, Joachim Lange, Ursula Rust & Hanna Beate Schöpp-Schilling, Hg., *Gleiches Recht – Gleiche Realität? Welche Instrumente bieten Völkerrecht, Europarecht und nationales Recht für die Gleichstellung von Frauen*, Loccum: Evangelische Akademie, 253-285 (Loccumer Protokolle 71/03)
70. Joerges, Christian (2003) Comitology and the European model? Towards a *Recht-Fertigungs-Recht* in the Europeanisation Process, in: Erik Oddvar Eriksen, Christian Joerges & Jürgen Neyer, Hg., *European Governance, Deliberation and the Quest for Democratisation*, Oslo: ARENA, 501-540
71. Maier, Matthias Leonhard (2003) Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft: Versuch einer systematischen Übersicht, in: Matthias Leonhard Maier,

Achim Hurrelmann, Frank Nullmeier, Tanja Pritzlaff & Achim Wiesner, Hg., *Politik als Lernprozess? Wissensorientierte Analysen der Politik*, Opladen: Leske + Budrich, 25-87

(d) *Wesentliche Fachkongresse*

72. Godt, Christine, Conference on New Political Economy (CNPE), Vortrag und Papier: Scientific Competition – Theory and Policy, Saarbrücken, 15. Oktober 2005

73. Falke, Josef, Verbesserung, Verwässerung oder Stillstand? Das Ergebnis der Regierungskonferenz im Vergleich zum Konvent, Delmenhorst, 2. April 2004

(e) *Arbeitspapiere*

3.4 Geplante Weiterführung des Teilprojekts (Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm)

3.4.1 Überblick

Die zweite Phase zielt auf die Erklärung der festgestellten Unterschiede in der Internationalisierung und Sozialregulierungsfähigkeit zwischen Politikfeldern und Governance-Ebenen. Dabei geht es einerseits um einen systematischen Makrovergleich (über alle Untersuchungsbereiche hinweg) hinsichtlich institutioneller und politikfeldspezifischer Bedingungen (3.4.3), andererseits um einen vertieften Vergleich kontrastierender Fallgruppen in den Bereichen Risikoregulierung (3.4.4 unter a)), Dienstleistungen (3.4.4 unter b)) und Arbeitsstandards (3.4.4 unter c)).

Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Erklärung der festgestellten Unterschiede in der Internationalisierung und Sozialregulierungsfähigkeit zwischen Politikfeldern und Governance-Ebenen – Systematischer Makrovergleich (über alle Untersuchungsbereiche hinweg) hinsichtlich institutioneller und politikfeldspezifischer Bedingungen – Vertiefter Vergleich kontrastierender Fallgruppen in den Bereichen Risikoregulierung, Dienstleistungshandel und Arbeitsstandards	Untersuchung der Folgen von Sozialregulierung (empirisch) und Entwicklung neuer Regulierungsmodelle (normativ) für die Gestaltung des Welthandels bzw. des europäischen Binnenmarktes sowie für die konstitutionelle Weiterentwicklung der WTO und der EG/EU – Entwicklung von <i>institutional linkages</i> zwischen der WTO und anderen Internationalen Organisationen – <i>Shared sovereignty</i> als Modell für die Stellung der Nationalstaaten in der <i>Global Governance</i> – Prognose der weiteren konstitutionellen Entwicklung der WTO und der EG/EU

3.4.2 Erklärungsgegenstand und -kategorien

Die im Vergleich der Politikfelder und Governance-Ebenen (EG und WTO) festgestellten Unterschiede in der Internationalisierung und Sozialregulierungsfähigkeit („interne Zerfaserung“) sollen in der zweiten Projektphase erklärt werden. Dabei nehmen wir nicht an, dass eine einzelne Variable oder auch nur eine einzelne Kategorie von Variablen uns diese Erklärung erschließen wird. Stattdessen erwarten wir ein komplexes Zusammenspiel von Institutionen, Interessen und Ideen (kognitiver

und normativer Art), deren jeweiliges konfiguratives Wirken die spezifischen Formen der Internationalisierung und Ausprägungen der Sozialregulierungsfähigkeit erklärt.⁸ Institutionen, Interessen und Ideen lassen sich auch nur bedingt *a priori* nach Antriebskräften (bzw. unabhängigen Variablen) und Weichenstellern (bzw. intervenierenden Variablen) sortieren; diese Zuordnung muss letztlich vor allem am konkreten Gegenstand erfolgen (siehe unten 3.4.4). Die Dreifach-Kategorisierung dient an dieser Stelle zunächst dazu, für die angestrebten Erklärungen zentrale Variablen einzuführen und deren Ausprägungen in den verschiedenen Untersuchungsbereichen zu skizzieren.

a) Institutionen

Institutionen⁹ haben für die Erklärung politikfeld- und ebenenspezifischer Unterschiede in der Sozialregulierungsfähigkeit offensichtlich große Bedeutung. Sie können als Antriebskräfte für das Entstehen von Sozialregulierungsfähigkeit auf WTO oder EG wirken, indem sie z.B. die Notwendigkeit marktnaher Sozialregulierung auf diesen Ebenen erst offen zutage treten lassen und Verständigungsdruck zwischen den Staaten erzeugen. Das liegt häufig daran, dass die handelsbeschränkende Wirkung nationaler Sozialregulierung erst offensichtlich wird, wenn der Marktzugang zumindest rechtlich möglich ist.

In diesem Sinne wirken vor allem diejenigen institutionellen Arrangements als Antriebskraft, die möglichst weitreichende Marktzugänge erreichen können. Vielleicht am effektivsten und leichtesten vermögen dies proaktiv handelnde Institutionen zu leisten, deren Tätigkeit man als *supranationalen Aktivismus* bezeichnen kann. Der sich aus dem *judiziellen* Aktivismus des EuGH ergebende Koordinations- und Sozialregulierungsbedarf auf europäischer Ebene ist weithin bekannt.¹⁰ Aber auch die Kommission übt *exekutiven* Aktivismus aus, indem sie *sua sponte* in neue Liberalisierungsbereiche vordringt, ohne dass ihre Bedeutung als Antriebskraft für Sozialregulierung heute schon abschließend erforscht wäre. Vor allem aber ist der von den Streitbeilegungsverfahren ausgelöste *judizielle* Aktivismus innerhalb der WTO als Antriebskraft der Sozialregulierungsfähigkeit noch nicht hinreichend erforscht.

⁸ Die vorgeschlagene Kategorisierung sozialwissenschaftlicher Erklärungen je nachdem, ob Institutionen, Interessen oder Ideen die Hauptklärungslast tragen, ist in der politologischen Forschung weit verbreitet; vgl. u.a. Lepsius (1990); Majone (1996); Hall (1997); Hay (2004). Sie entspricht der Kategorisierung im Dachantrag nach institutionellen, materiellen und ideellen Antriebskräften bzw. Weichenstellern.

⁹ Institutionen werden hier in einem weiten Sinn verstanden als relativ dauerhafte, symbolische und nichtsymbolische soziale Gebilde wie Organisationen und Verhaltensnormen; sie schließen demnach auch Verfahren ein, die von Juristen üblicherweise einer eigenen Kategorie zugeordnet werden.

¹⁰ Vgl. Weiler (1981); Rasmussen (1986, 28-38); Craig (1992); Alter & Meunier-Aitsahalia (1994); Craig & de Burca (1995, 585).

Institutionen können außerdem als Weichensteller begriffen werden, um politikfeldspezifische Unterschiede – also die innere Zerfaserung – der Sozialregulierungsfähigkeit zu erklären. Besondere Erklärungskraft dürfte dabei den jeweils angewandten *Entscheidungsregeln* zukommen. Sie helfen nicht nur zu erklären, ob und auf welchem Niveau Sozialregulierung zustande kommt, sondern auch warum sie „zerfasert“. Grundlegend unterscheiden lassen sich *Konsens-* und (*qualifizierte*) *Mehrheitsregeln* (siehe auch unten Tabelle 2), und es liegt nahe, dass bei der Anwendung der qualifizierten Mehrheitsregel Sozialregulierung leichter zustande kommt als bei Konsenserfordernissen. Bei letzterer Konstellation lässt sich außerdem vermuten, dass im Rahmen der WTO zugelassene Sozialregulierung nicht auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner erfolgt, weil eine solche für die OECD-Staaten inakzeptabel sein dürfte. Vielmehr dürften Konsenserfordernisse entweder zu Blockaden und Nichtregulierung oder aber zu einer Einigung auf einem von Industrie- und Entwicklungsländern duldbaren mittleren Niveau führen.

Wie hoch die Sozialregulierungsfähigkeit ist, dürfte auch von der *juristischen Bearbeitungsform* abhängen, die für die Lösung sozialregulatorischer Probleme zur Verfügung steht. Relevant dürfte erstens sein, ob Instrumente des *hard* oder *soft law* eingesetzt werden können. Zwar dürfte es leichter sein, über *soft law* eine Einigung zu erzielen, doch kann die Sozialregulierungsfähigkeit wegen der fehlenden Erzwangungsmöglichkeit geringer als im Falle von *hard law* sein.¹¹ Bei Instrumenten mittlerer Zwangsmöglichkeit, wie zum Beispiel einem von effektivem Monitoring begleiteten *soft law*, kann die Sozialregulierungsfähigkeit durchaus höher sein. Zweitens ist zu prüfen, ob *substanzielle Regeln* sozialregulatorische Zielsetzungen eher umzusetzen vermögen als *prozedurale Regeln*, die eine größere Varianz in der Sozialregulierung und den damit verfolgten Zielen erlauben. Auf internationaler Ebene kann drittens auch der Verweis auf *externe Regelwerke*¹² die Durchsetzungsfähigkeit erhöhen.

b) Interessen

Marktschaffende und -korrigierende Maßnahmen über ökonomische Interessenkonstellationen zu erklären ist nicht originell – trotzdem dürfen entsprechende Ursachen nicht aus dem Blick geraten. Jenseits des DRIS entscheidet nicht nur die Intensität, sondern auch die erwartete Verteilung ökonomischer Effekte über die beteiligten Länder hinweg darüber, ob und in welchem Maße Negativ- und Positivintegration stattfindet. Was die *Intensität* betrifft, so sind unter unseren Untersuchungsgegenständen sowohl solche, bei denen ökonomische Interessenkonflikte eine ganz unübersehbare Rolle spielen (Arbeitsstandards), als auch solche, bei denen

¹¹ Zur Rechtsbefolgung jenseits des Nationalstaates vgl. statt vieler Zürn & Joerges (2005 [6]).

¹² Eine ausführliche juristische Analyse bietet Neumann (2001).

diese Konflikte nicht sehr ausgeprägt sind (Telekommunikations-Dienstleistungen). Hinsichtlich der *Verteilung* erwarten wir generell zwischen den Mitgliedstaaten der EG größere Homogenität ökonomischer Interessen als unter den WTO-Mitgliedern insgesamt. Aber auch innerhalb der EG gibt es Interessenunterschiede (z.B. im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen), die zur Erklärung mehr oder weniger erfolgreicher Sozialregulierung beitragen mögen. Innerhalb der WTO wiederum sind Unterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern allgegenwärtig, aber einzelne hoch entwickelte WTO-Mitglieder aus der „OECD-Welt“ vertreten in bestimmten Sektoren auch deutlich unterschiedliche ökonomische Interessen (z.B. Exporteure vs. Importeure bestimmter landwirtschaftlicher Güter).

Ein weiterer über Interessen vermittelter Mechanismus hat damit zu tun, dass aus der Sicht international tätiger Produzenten die Harmonisierung von *Produktstandards* wichtiger ist als die von produktions- und standortbezogenen Standards, also „*Prozessstandards*“.¹³ Denn während die Harmonisierung von Produktstandards das Entstehen und Funktionieren internationaler Produktmärkte entscheidend erleichtert und teilweise überhaupt erst ermöglicht, sind unterschiedlich ausgeprägte Prozessstandards an sich zunächst kein Hindernis für internationalen Warenhandel. Entsprechend besteht die Erwartung, dass eine internationale Verrechtlichung im Bereich der Prozessstandards weit weniger zu erwarten ist.¹⁴ Bereits in der ersten Phase haben wir sowohl Produktstandards untersucht (der häufigste Fall im Bereich der Lebensmittelsicherheit) als auch Prozessstandards (in Teilbereichen des Umweltschutzes). In der zweiten Phase soll mit den Arbeitsstandards ein Bereich hinzukommen, in dem praktisch ausschließlich Prozessstandards relevant sind und der insofern für die transnationale Sozialregulierung eine besondere Herausforderung darstellt. Außerdem kommt mit dem Dienstleistungshandel ein Bereich in den Blick, in dem zwar auch oft ein Interesse der Produzenten an harmonisierten Standards besteht, die Interessenkonstellation aber vor allem vom Modus der Erbrin-

¹³ Produktstandards betreffen die geforderte (stoffliche) Qualität der gehandelten Produkte, Prozessstandards zielen hingegen auf die Art und Weise ihrer Herstellung (im weiten Sinne) ab, die aber nicht selbst in die stoffliche Qualität übergeht. Zu dieser Unterscheidung vgl. für den Umweltbereich Rehinder & Stewart (1985), für den Verbraucherschutzbereich Bourgoignie & Trubek (1987) sowie resümierend Scharpf (1996b, 1999, 87-95, 99-103). Zum aktuellen Stand der rechtswissenschaftlichen Debatte vgl. Conrad (2006).

¹⁴ Jenseits der Frage ihrer jeweiligen ökonomischen Relevanz steht auch die rechtliche Gestaltung und Durchsetzung von Produkt- und Prozessstandards zum Teil vor unterschiedlichen Problemen: Während die stoffliche Qualität eines Produkts auch in den importierenden Ländern kontrolliert werden kann, ist dies mit Blick z.B. auf die Herstellung eines Produkts durch Kinderarbeit oder mit überdurchschnittlich umweltschädlichen Verfahren nicht möglich. Entsprechend steht die Durchsetzung von Prozessstandards vor (zusätzlichen) Sichtbarkeits- und Kontrollproblemen. Diese Durchsetzungsprobleme können eine weitere Ursache für die geringere Verbreitung effektiver Prozessstandards jenseits des DRIS darstellen.

gung einer Dienstleistung abhängt. Diese Erweiterung der Forschungsperspektive soll zur Verfeinerung und Weiterentwicklung der etablierten Kategorien beitragen.

c) Ideen

In dieser dritten Kategorie interessieren uns einerseits *kognitive* Orientierungen, und zwar insbesondere, wie die in einem Politikfeld relevanten Akteure dort gegebene Probleme wahrnehmen und welche Lösungsinstrumente sie für geeignet halten. Spezialisierte wissenschaftliche Beratungsinstitutionen spielen in dieser Hinsicht eine zentrale Rolle vor allem in der Lebensmittelsicherheits- und Umweltpolitik.¹⁵ Solche transnational institutionalisierten Formen der Produktion von Expertenwissen können die Herausbildung international geteilter Problemwahrnehmungen fördern, damit eine mögliche Quelle für internationale Konflikte reduzieren und letztendlich Positivintegration erleichtern (vgl. z.B. Andresen et al. 2000).

In der ersten Projektphase haben wir am Beispiel der weitgehend blockierten Regulierung gentechnisch veränderter Lebensmittel aber bereits gesehen, dass die Autorität amtlicher Expertengremien nicht immer ausreicht, um fest verwurzelte Wertvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger sowie ihrer politischen Repräsentanten in Frage zu stellen. Des Weiteren untersuchen wir deshalb auch *normative* Ideen, also Vorstellungen über als gut oder schlecht bewertete Zustände, die nicht nur die Interpretation wissenschaftlicher Befunde, sondern auch die Problemwahrnehmung und die Instrumentenwahl beeinflussen.¹⁶ Für die Bearbeitung von transnationalen Wertkonflikten, so die Vermutung, gibt es bisher kaum geeignete Foren, so dass von solchen Konflikten gekennzeichnete Gegenstände der Negativintegration (z.B. Gesundheitsdienstleistungen) und erst recht der Positivintegration (z.B. Gen-Food) weniger zugänglich sind als andere. Dieser Kategorie von Ideen können schließlich auch bestimmte grundlegende juristische Prinzipien und Orientierungen wie Verhältnismäßigkeitsprinzip, Nichtdiskriminierungsgrundsatz und, allerdings international umstritten, Vorsorgeprinzip zugeordnet werden.

3.4.3 Übergreifender Vergleich der Governance-Ebenen

Die in den Bereichen Umweltschutz, Lebensmittelstandards, Dienstleistungsliberalisierung und grundlegende Arbeitsstandards ermittelten Muster der Verknüpfung sozialregulatorischer und marktschaffender Politiken sollen einer vergleichenden

¹⁵ Relevante Einrichtungen sind auf EG-Ebene die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) und die Umweltagentur (EEA), auf UN-Ebene die *Joint Expert Committees* von FAO und WHO und das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC).

¹⁶ Zur Unterscheidung von kognitiven und normativen Ideen vgl. mit weiteren Nachweisen Maier (2003).

erklärenden Analyse unterzogen werden.¹⁷ Dabei geht es um die Erklärung von Gemeinsamkeiten und kennzeichnenden Unterschieden zwischen den genannten Politiksektoren sowie zwischen den Ebenen der WTO und der EG.¹⁸ Wenn Interessen, Institutionen und Ideen als Antriebskräfte und Weichensteller die interne Zerfaserung der Sozialregulierungsfähigkeit erklären sollen, dann müssen sie auch die auffälligen Unterschiede zwischen EG- und WTO-Ebene verständlich machen können, wie sie in Tabelle 2 zusammenfassend dargestellt sind. An einigen Beispielen lässt sich zeigen, dass die oben angeführten Erklärungskategorien grundsätzlich geeignet sind, das höhere Maß der Sozialregulierungsfähigkeit in der EG zu erklären, und dass die im folgenden Abschnitt (3.4.4) näher erläuterten zusätzlichen Fallstudien einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Überprüfung entsprechender Erklärungen leisten können.

Tabelle 2: Sozialregulierung jenseits des Nationalstaats – Hauptunterschiede zwischen EG und WTO

EG – Supranationalisierung	WTO – Internationalisierung
Hierarchisierung, Binnendifferenzierung und rasche Anpassbarkeit des Gemeinschaftsrechts unter Einbeziehung der administrativen Kompetenz der mitgliedstaatlichen Fachverwaltungen	Beschränkung auf den Bestand der konsentierten Übereinkommen bei geringer Hierarchisierung und Binnendifferenzierung des Welthandelsrechts und nicht realisierbarer Anpassung des Regelwerkes
Intensive Verknüpfung unterschiedlicher Policies bei der Fortentwicklung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts – Sozialregulierung durch die EG	Integration von Aspekten der Sozialregulierung im Welthandelsrecht durch „outsourcing“ an die Mitglieder oder andere internationale Organisationen
Schlüsselstellung der Kommission bei der Initiierung, Durchführung und Überwachung des Gemeinschaftsrechts (<i>Commission driven</i>); Europäische Kommission als Spitze einer European Governance	Schlüsselstellung der Mitglieder bei der Initiierung, Durchführung und Überwachung des WTO-Rechts (<i>Member driven</i>); WTO-Sekretariat als ständiges Sekretariat der Handelsdiplomatie der WTO-Mitglieder
Kooperative Regelverfeinerung und Aufbau einer verflochtenen Verwaltung zwischen EG und Mitgliedstaaten durch die Komitologie	Fortsetzung der Außenhandelsdiplomatie in Ausschüssen, Nach- und Vorbereitung von Welthandelsrunden
Vorrang und Direktwirkung des Gemeinschaftsrechts mit weitreichenden Folgen für Mitgliedstaaten, Unternehmen und Unionsbürger	Keine Anerkennung des Vorrangs und der Direktwirkung des WTO-Rechts
Europäisches Parlament als „Mitgesetzgeber“; qualifizierte Mehrheit als Entscheidungsregel	Fehlen jeder parlamentarischen Komponente; Konsens der Mitglieder als Entscheidungsregel

Was zunächst *institutionelle* Antriebskräfte betrifft, so konnte z.B. die Kommission bereits in den 1990er Jahren durch die konsequente Anwendung von Art. 86 EGV

¹⁷ Für einen vielversprechenden Ansatz vgl. Gstöhl & Kaiser (2004); für das Spannungsfeld zwischen Handel und den Politikfeldern Gesundheit, Arbeit und Umwelt in der WTO vgl. Senti (2006).

¹⁸ Der kontrastive Vergleich zwischen der EG und der WTO bezüglich Marktschaffung und -regulierung greift u.a. Ansätze von de Búrca & Scott (2001), Holmes (2001) und v. Bogdandy (2002) auf.

den Markt für Telekommunikationsdienstleistungen praktisch im Alleingang liberalisieren. Durch das Angebot grenzüberschreitender Telekommunikationsdienstleistungen hat sich herausgestellt, dass das geringe Vertrauen der Verbraucher in den Schutz ihrer personenbezogenen Daten die Marktdurchdringung durch ausländische Anbieter behinderte. Dem wurde mit einer spezifischen Datenschutzregelung begegnet. Im GATS dagegen kann es keinen Anstoß durch exekutiven Aktivismus geben, weil einzig die WTO-Mitglieder befugt sind, über Marktzugang im Telekommunikationssektor zu entscheiden.

Die Wirkungsmacht von *Interessenkonstellationen* auf ebenenspezifische Unterschiede in der Sozialregulierungsfähigkeit lässt sich am Beispiel von Arbeitsstandards zeigen. Die Intensität der distributiven Effekte, die von der Anhebung von Arbeitsstandards ausgehen, ist im Rahmen der WTO höher, und auch die Verteilung der negativen distributiven Effekte betrifft Entwicklungsländer erheblich mehr als Industrieländer. Tatsächlich wird die Sicherung grundlegender Arbeitsstandards auf der Ebene der WTO denn auch nicht über Mindestharmonisierung, sondern zu einem sehr großen Teil über Anreizmechanismen der Mitglieder oder Aktivitäten von multinationalen Unternehmen oder NGOs erwirkt. In der EG dagegen war – zumindest vor der jüngsten Erweiterung – nicht nur die Intensität der distributiven Effekte geringer, sondern sie waren auch gleichmäßiger über die Mitgliedstaaten hinweg verteilt. Entsprechend finden wir in der EG auch Positivintegration z.B. zur Umsetzung von Antidiskriminierungszielen und zur Festlegung von Mindestanforderungen zum Arbeitsschutz, seit dem Amsterdamer Vertrag auch eine Koordinierung der Beschäftigungspolitik.

Was schließlich den Beitrag von *Ideen* zur Erklärung ebenenspezifischer Unterschiede betrifft, so ist zum Beispiel – in der normativen Dimension – an das Vorsorgeprinzip zu denken, das in der EG breite Anerkennung findet, während es in der WTO und der CAK eher zur Blockade von Verhandlungen beiträgt. Was dagegen – in der kognitiven Dimension – die Einbindung wissenschaftlicher Beratungsgremien in den Politikprozess betrifft, so gibt es zwischen beiden Ebenen zunächst viele Gemeinsamkeiten. Ob aber deren Expertise auch über die Ebenen hinweg von den Entscheidungsträgern und Bürgern gleichmäßig anerkannt wird, ist bisher noch nicht untersucht worden.

3.4.4 Bereichsspezifische Fallstudien

Der kontrastive Vergleich der Regulierungsebenen soll durch drei stärker in die Tiefe gehende Fallstudien ergänzt werden. In ihnen werden jeweils zwei Teilbereiche untersucht, die sich in mindestens einem für die Sozialregulierungsfähigkeit mutmaßlich bedeutsamen Merkmal unterscheiden. In der Lebensmittelsicherheitspolitik (a) sind dies einerseits chemische und mikrobiologische Risiken, die auch jenseits des Nationalstaats größtenteils routinemäßig bearbeitet werden, und ande-

rerseits durch gentechnische Veränderung bedingte Risiken, die Gegenstand hochgradig politisierter Wertkonflikte sind. Beim Dienstleistungshandel (b) kontrastieren wir den für internationale Liberalisierung offenen Telekommunikationssektor mit dem noch weitgehend geschlossenen Gesundheitssektor. Und im Fall der Arbeitsstandards (c) geht es einerseits um Arbeitssicherheit, deren Regulierung international konsensfähig ist, andererseits um stärker umstrittene grundlegende Sozialstandards, deren Umsetzung bisher den zivilgesellschaftlichen Organisationen überlassen ist. Dieses Verfahren der *within-case comparison* soll eine Einschätzung der Erklärungskraft von spezifischen Antriebskräften und Weichenstellern ermöglichen, die von dem oben skizzierten übergreifenden Vergleich der Ebenen und Politikfelder nicht ohne weiteres erfasst werden.

a) Erfolgsbedingungen transnationaler Risikoregulierung: Routineentscheidung und Wertkonflikt in der Lebensmittelsicherheitspolitik

Die Ergebnisse der ersten Projektphase lassen die europäische und internationale Lebensmittelsicherheitspolitik als einen Fall der relativ erfolgreichen Koordinierung von Freihandel und Sozialregulierung erscheinen. Umso mehr fällt es auf, dass in einigen Teilbereichen der Lebensmittelregulierung auf EG- und häufiger noch auf WTO-Ebene trotz teils jahrzehntelanger Anstrengungen entweder gar keine verbindlichen Standards zustande kommen oder die scheinbar erzielten Einigungen sich bei der Umsetzung als nur bedingt tragfähig erweisen. Zu diesen Problemereichen gehören z.B. der jüngst wieder aufgeflammete transatlantische Streit um hormonbehandeltes Rindfleisch, insbesondere aber die Regulierung der Marktzulassung und Kennzeichnung von Lebens- und Futtermitteln, die aus gentechnisch veränderten Organismen (GVO) bestehen oder hergestellt wurden (vgl. für die WTO Herwig, im Erscheinen). Die einschlägigen Arbeiten der ersten Phase sollen in diesem Projektteil fortgesetzt werden, um die Ergebnisse zentraler, aktuell noch laufender politischer und judizieller Entscheidungsprozesse zu reflektieren und vor diesem Hintergrund die auffälligen Unterschiede zwischen verschiedenen Teilbereichen der Risikoregulierung zu erklären.

Die generell eher *hohe* Sozialregulierungsfähigkeit transnationaler Lebensmittelsicherheitspolitik korrespondiert zunächst mit der marktschaffenden Funktion gemeinsamer Produktstandards und den entsprechenden Produzenteninteressen, aber auch mit dem grundlegenden Interesse der Verbraucher an einem breiten Angebot sicherer Lebensmittel. Außerdem sind die institutionellen Zuständigkeiten mittlerweile auf beiden Ebenen relativ stark gebündelt: auf globaler Ebene schon seit den 1960er Jahren bei der Codex-Alimentarius-Kommission (CAK) und auf EG-Ebene seit Ende der 1990er Jahre bei der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der Kommission. Solche Organisationen können sich, so eine weitere Hypothese, letztlich nur durch effiziente und legitime Problembearbeitung

profilieren und erhalten. Schließlich werden durch die rechtlichen Rahmenbedingungen auch zur Bearbeitung potenzieller Konflikte klare Normen vorgegeben, wobei insbesondere der wissenschaftlichen Expertise eine wichtige Schiedsrichterrolle für die Abgrenzung berechtigter Schutzanliegen von protektionistischen Maßnahmen zukommt.¹⁹

Die Hypothesen zu den *Grenzen* der Sozialregulierungsfähigkeit in diesem Bereich betreffen teilweise die gleichen Faktoren. So erwarten wir erstens, dass die Delegation politischer Entscheidungen an die Wissenschaft nur dort auch funktioniert, wo diese selbst unabhängig und unumstritten ist, vor allem aber auch eindeutige handlungsanweisende Ergebnisse bereitstellen kann. Das ist aus unterschiedlichen Gründen nicht überall zu erwarten: Teils fehlt es an den notwendigen organisatorischen und materiellen Ressourcen (Hüller & Maier 2006), teils überfordern die anstehenden Fragen grundsätzlich den jeweiligen wissenschaftlichen Kenntnisstand. In den letztgenannten Fällen greift zwar potenziell das Vorsorgeprinzip, das im EG-Recht mittlerweile fest verankert ist und auch im WTO-Recht einen gewissen Widerhall findet (Herwig 2006a). Die Interpretation dieses Prinzips ist jenseits der EG aber so stark umstritten, dass es zur Lösung strittiger Fragen im globalen Maßstab nur wenig beiträgt (Gerstetter & Maier 2005). Skeptiker sehen im Vorsorgeprinzip ein Einfallstor für ethische, kulturelle oder religiöse Regulierungsmotive, deren Berücksichtigung den wissenschaftszentrierten Rahmen des geltenden WTO-Rechts sprengen würde. Gerade an den hier näher zu betrachtenden Problemfällen zeigt sich aber zweitens, dass solche Motive ohnehin nicht dauerhaft ausgeklammert werden können, denn ob z.B. hormonbehandelte oder gentechnisch veränderte Produkte von den Konsumenten akzeptiert werden, hängt offenbar nicht allein von ihrer gesundheitlichen Unbedenklichkeit ab.

Unter welchen Umständen lassen sich die in entsprechenden Konflikten aufscheinenden *Wertkonflikte* überhaupt wirksam bearbeiten? Zwei nahe liegende Hypothesen betreffen das Ausmaß des entsprechenden normativen Pluralismus, der im WTO-Kontext generell größer ist als innerhalb der EG, und den Entscheidungsspielraum, der wiederum von der angewandten Entscheidungsregel abhängt. Zum dritten erwarten wir in diesem Feld natürlich auch wirtschaftliche Partikularinteressen, die bestimmte Regelungen selbst gegen an sich eindeutige wissenschaftliche Expertise entweder befördern oder aber verhindern wollen; ebenso können vor allem in der Nord-Süd-Dimension bestimmte objektive Interessenunterschiede, die sich aus den je nach Entwicklungsniveau variierenden Prioritäten ergeben, für verschiedene Regulierungsziele sprechen. Als möglicherweise zusätzliches Hindernis bei der GVO-Regulierung kommt hinzu, dass diese Problematik nicht nur im Spannungsfeld von Handel und Sozialregulierung angesiedelt ist, sondern auch die

¹⁹ Gefragt sind hier insbesondere die gemeinsamen Expertengremien von WHO und FAO im Kontext der CAK (Hüller & Maier 2006) bzw. die Lebensmittelsicherheitsbehörde der EG (EFSA).

Grenzen zwischen verschiedenen Regulierungsbereichen sprengt, da sowohl Umwelt- als auch Gesundheits- und Verbraucherschutz (im Sinne der Berücksichtigung auch von nicht wissenschaftlich begründeten Präferenzen oder Ängsten) betroffen sind.

Welche spezifischen Formen der Koordinierung sind solchen komplexen Problemlagen angemessen? Angesichts der ausgeprägten Differenzen insbesondere zwischen europäischen und US-amerikanischen Regelungen ist an eine substanzielle Harmonisierung relevanter Standards im globalen Maßstab auf absehbare Zeit kaum zu denken.²⁰ Eine mögliche Alternative sind international vereinbarte Regeln zur Kennzeichnung von Lebensmitteln als gentechnisch verändert bzw. umgekehrt als frei von solchen Veränderungen.²¹ Ob aber Kennzeichnungsregeln so gestaltet werden können, dass sie den Konsumenten eine bewusste Auswahlentscheidung, gleichzeitig aber eine diskriminierungsfreie Vermarktung ermöglichen, ist bisher noch offen. Außerdem wird in verschiedenen internationalen Foren – insbesondere der CAK und der OECD – daran gearbeitet, einheitliche Verfahren der Risikoanalyse für solche Produkte festzulegen. Erste Ergebnisse dieser Bemühungen liegen seit einigen Jahren vor. Diese haben jedoch ebenso wenig wie die jüngste Revision des einschlägigen EG-Rechts verhindert, dass der seit langem schwelende transatlantische Handelskonflikt um die Frage der Marktzulassung von GVO-Lebensmitteln in der EG eskaliert ist und nun vor den Streitschlichtungsgremien der WTO ausgetragen wird.²² Die Entscheidung in diesem Streitfall und das Maß ihrer Akzeptanz durch die beteiligten Akteure werden auf absehbare Zeit die akademische und die

²⁰ Zum transatlantischen Vergleich der Gen-Food-Regulierung vgl. u.a. Patterson & Josling (2002) und Pollack & Shaffer (2004). Die Unterscheidung zwischen produkt- und produktionsbezogener Regulierung ist in dieser Fallstudie insofern „aufgehoben“, als gerade die Einordnung von GVO-Lebensmitteln in eine dieser beiden Kategorien politisch umstritten ist. Die USA treten für eine ausschließlich am Endprodukt orientierte internationale Regulierung ein, während in der europäischen Diskussion auch solche Argumente eine große Rolle spielen, die sich auf den Prozess der genetischen Veränderung beziehen.

²¹ Für eine bestimmte Art von GVO-Lebens- und Futtermitteln sind solche Kennzeichnungsregeln im Cartagena-Protokoll zur Biologischen Sicherheit bereits vereinbart worden. Es ist aber umstritten, ob diese Regeln auch denjenigen Staaten entgegengehalten werden können, die sich einer Unterzeichnung des Protokolls widersetzt haben – ein Beispiel für die Relevanz der unten (unter 3.6, Entwicklungsperspektiven) aufgegriffenen Fragen institutioneller Interaktion.

²² Die USA, Kanada und Argentinien haben im Sommer 2003 vor dem WTO-Streitschlichtungsgremium ein Verfahren gegen die verzögerte bzw. blockierte Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel in der EG angestrengt (European Communities – Measures Affecting the Approval and Marketing of Biotech Products, WT/DS291-293). Dieser Streitfall hat ein enormes Maß an Aufmerksamkeit auf sich gezogen (z.B. Busch & Howse 2003; Isaac & Kerr 2003; Boisson de Chazournes & Mbengue 2004; Scott 2004; Bernauer 2005; Winickoff u.a. 2005; Peel, Nelson & Godden 2005), noch bevor der Bericht des WTO-Panels überhaupt vorliegt. Ein Zwischenbericht wurde im Februar 2006 zunächst nur den Streitparteien direkt zugänglich gemacht, von Nichtregierungsorganisationen aber auch im Internet verbreitet.

politische Debatte um Handel und Sozialregulierung wesentlich prägen. Sie wird zumindest indirekt auch Konsequenzen haben für die Entwicklung des Gentechnikrechts innerhalb der EG, dessen aktueller Stand das institutionelle Gleichgewicht innerhalb der Gemeinschaft auf eine schwere Probe stellt.²³ Im Gegensatz zu den meisten vorhandenen und noch zu erwartenden Analysen des GVO-Streits wird unsere Studie aber parallele Entwicklungen im weniger stark politisierten Routinebereich der Lebensmittelsicherheitspolitik immer im Auge behalten und so zu einem vollständigeren Bild der Erfolgsbedingungen transnationaler Risikoregulierung beitragen.

b) Dienstleistungen und Verbraucherschutz

Im Unterschied zum GATT mit seinen vielen abschließend für den Warenhandel definierten Rechten und Pflichten ist das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS)²⁴ durch seine Unvollständigkeit gekennzeichnet.²⁵ Es bietet vor allem einen institutionellen und prozeduralen Rahmen für Verhandlungen und den WTO-Mitgliedern damit einen hohen Grad an Flexibilität hinsichtlich des konkreten Ausmaßes der Öffnung ihrer Dienstleistungsmärkte, die traditionell von einem dichten Netz nationaler Regelungen überzogen sind.²⁶ Damit ermöglicht das GATS im Prinzip die Beibehaltung nationaler regulativer Politiken zum Ausgleich für bzw. zur Vermeidung von Marktversagen.²⁷ Die Negativintegration ist also im Bereich des internationalen Dienstleistungshandels allgemein deutlich weniger weit fortgeschritten als beim Güterhandel.

Auch auf europäischer Ebene gibt es einen – allerdings schwächeren – Unterschied zwischen Güter- und Dienstleistungsmärkten bei der Handelsliberalisierung. Obwohl der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen zu den schon im

²³ Das De-facto-Moratorium der Zulassung von GVO-Lebensmitteln in der EG, gegen das sich u.a. die WTO-Klage der USA und ihrer Unterstützer richtet, ist infolge der Revision des relevanten Sekundärrechts zwar überwunden worden. Sämtliche Zulassungsentscheidungen sind seither aber im Rahmen des Komitologie-Verfahrens von der Kommission getroffen worden, weil weder im zuständigen Regulierungsausschuss noch im Rat eine qualifizierte Mehrheit für oder gegen die Zulassung der betreffenden GVO-Produkte zustande kam. Die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen steht kaum in Frage, aber die regelmäßige Anwendung dieses Verfahrens schafft Legitimitätsprobleme, wie am stärker werdenden politischen Widerstand unter den Mitgliedstaaten zu erkennen ist.

²⁴ Allgemein zum GATS vgl. Weiss (1995); Koehler (1999); Sauvé & Stern (2000); Martini (2002); OECD (2002); Ohler (2003); Pitschas (2003); Michaelis (2005).

²⁵ Zum Vergleich von GATT und GATS hinsichtlich der Abstimmung zwischen Marktzugangsrechten und nationaler Regelungsautonomie siehe Pauwelyn (2005).

²⁶ Sofern sie in den Angebotslisten einen entsprechenden Vorbehalt eingetragen haben, können die Mitglieder außerdem weiterhin bestehende diskriminierende Regelungen anwenden. Dazu, wie die EG diese Freiräume nutzt, vgl. Falke (2004b).

²⁷ Zur Stellung von „domestic regulations“ im GATS vgl. Trachtman (2002b); Krajewski (2003a); Holmes (2004).

Gründungsvertrag der EWG (1957) garantierten Grundfreiheiten gehört, stößt die sekundärrechtliche Umsetzung der Dienstleistungsfreiheit in vielen Sektoren immer noch auf starken Widerstand. Insbesondere das Herkunftslandprinzip²⁸, das sich im Warenhandel seit langem ziemlich unangefochten durchgesetzt hat, stößt im Dienstleistungsbereich selbst im europäischen Binnenmarkt auf erhebliche Vorbehalte, wie der Protest gegen den Kommissions-Vorschlag einer Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt zeigt.²⁹

Bei der Liberalisierung von „Dienstleistungen von allgemeinem und allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ können Konflikte mit den sozialregulatorischen Zielen des Verbraucherschutzes und der „Daseinsvorsorge“ entstehen. Viele solcher Dienstleistungen wurden als öffentliche Dienstleistungen erbracht. Die Liberalisierung des Handels mit ihnen erfolgt entweder über Privatisierung oder über das Zulassen von privatem Wettbewerb. Es wird dann aber erforderlich, die Tätigkeit privater und öffentlicher Anbieter zu regulieren.³⁰ Die Liberalisierung öffentlicher und ehemals öffentlicher Dienstleistungen macht also die Sozialregulierungsfähigkeit im Mehrebenensystem besonders prekär.

Die einzelnen Dienstleistungssektoren weisen deutliche Unterschiede im Grad der Marktöffnung und Liberalisierung auf.³¹ Das Potenzial, das sich aus diesen Unterschieden für die Konstruktion und die Evaluierung differenzierter Erklärungsmodelle ergibt, soll in diesem Projektteil durch die nähere Untersuchung zweier Sektoren erschlossen werden, deren Liberalisierungs- und Sozialregulierungsmuster sich – wie Tabelle 3 zeigt – sowohl im WTO- als auch im EG-Mehrebenensystem deutlich unterscheiden.

Wie in den bisher untersuchten Bereichen des Warenhandels ist auch beim Dienstleistungshandel zu erwarten, dass dort, wo Negativintegration bereits stattgefunden hat, Antriebskräfte für international koordinierte Formen der Marktgestaltung existieren. Solche Anreize für Positivintegration ergeben sich einerseits aus der Gefahr, mit unilateralen sozialregulativen Maßnahmen in liberalisierten Bereichen gegen die Meistbegünstigungs- und die Inländerbehandlungspflicht zu versto-

²⁸ Für den Dienstleistungssektor bedeutet dieses Prinzip, dass der Dienstleistungserbringer, der in einem Mitgliedstaat rechtmäßig tätig ist, seine Dienstleistungen auch in anderen Mitgliedstaaten anbieten darf, ohne in diesen weitere Vorschriften erfüllen zu müssen.

²⁹ Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, KOM (2004) 2 endg. v. 25.2.2004. Nach entschiedenem Widerstand gegen diesen Vorschlag im Europäischen Parlament, im Rat und in vielen Mitgliedstaaten hat die Kommission einen deutlich modifizierten Vorschlag (KOM (2006) 160 endg. v. 4.4.2006) vorgelegt, der auf die explizite Anwendung des Herkunftslandsprinzips verzichtet und den Geltungsbereich der Richtlinie stärker einschränkt.

³⁰ Für den Telekommunikationssektor werden diesbezügliche Probleme ausführlich von Genschel (1995) erörtert.

³¹ Für ein Zwischenfazit zum Stand der in einzelnen Sektoren bisher übernommenen und derzeit angebotenen Verpflichtungen im Rahmen des GATS vgl. Adlung & Roy (2005).

ßen. Ein weiterer Anreiz folgt daraus, dass sich nur schwer eine überzeugende Trennlinie zwischen den Regulierungskompetenzen des Erbringungs- und des Herkunftslandes ziehen lässt, weil die Regulierung von Dienstleistungen und ihrer Erbringung oft nicht zu unterscheiden sind. Die gemeinsame, international koordinierte Ausübung dieser Kompetenzen stellt eine naheliegende, wenn auch keineswegs leicht realisierbare Lösung dieses Problems dar.

Tabelle 3: Dienstleistungs-Sektoren im Vergleich

	Telekommunikations-DL	Gesundheits-DL
WTO	<i>Negativintegration:</i> – Viele Liberalisierungsverpflichtungen der einzelnen WTO-Mitglieder ¹⁾ – Weitergehende Liberalisierung im Anhang über öffentliche bzw. Basistelekommunikationsdienstleistungen und Referenzpapier ²⁾	<i>Negativintegration:</i> – Kaum Liberalisierungsverpflichtungen der einzelnen WTO-Mitglieder ³⁾ – In Ausübung hoheitlicher Gewalt erbrachte Dienstleistungen vom Anwendungsbereich des GATS ausgeschlossen ⁴⁾
	<i>Positivintegration:</i> – Standardsetzung durch die International Telecommunications Union ⁵⁾ – Nutzung internationaler Standards zur Konformitätsbewertung im GATS	<i>Positivintegration:</i> – Keine Standardsetzung, aber Informationsaustausch und Leitlinien in der WHO
EG	<i>Negativintegration:</i> – Formal seit 1957 Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit – 1998 umfassende Liberalisierung der Dienstleistungen und Netze	<i>Negativintegration:</i> – Formal seit 1957 Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit – Nicht vom Entwurf der DL-Richtlinie erfasst – EuGH-Rechtsprechung zur Patientenmobilität
	<i>Positivintegration:</i> – Regeln zu Verbraucher- und Datenschutz sowie Universaldienstpflichten ⁶⁾	<i>Positivintegration:</i> – Nur koordinierende/ergänzende Kompetenz ⁷⁾

Anmerkungen: ¹⁾ Zur Regelung der Telekommunikationsdienste im Rahmen des GATS vgl. Telecommunication Services: Background Note by the Secretariat, S/C/W/74, 8.12.1998; Martini (2002); Braga, Fink & Hoekman (2002); Krancke (2003); Moos (2003). Eine Analyse der im Telekommunikationssektor eingegangenen Verpflichtungen findet sich in: WTO Secretariat (2000, 537-540); ²⁾ GATS, Annex on Telecommunications; Negotiating Group on Basic Telecommunications, Reference Paper, 24.4.1996.; ³⁾ Zur Analyse der GATS Verpflichtungen im Gesundheitssektor WTO Secretariat (2000, 387-398); ⁴⁾ Art. I:1, 3 (b), (c) GATS; siehe auch Fritz & Fuchs 2003; Krajewski (2003a, 36-38, 68-73, 164-190); Krajewski (2003b); Adlung (2005). Als in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht gelten Dienstleistungen, die weder auf kommerzieller Grundlage noch im Wettbewerb mit anderen Dienstleistungsanbietern erbracht werden; ⁵⁾ Zu den Normungsaktivitäten der ITU vgl. Werle (2002); ⁶⁾ Richtlinie 2002/21/EG über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste, ABl. L 108 v. 24.4.2002, 33-50 sowie fünf weitere spezifische Richtlinien; ⁷⁾ Ausführlicher dazu Falke (2006b). Die Kommission hat angekündigt, den sich aus der Patientenmobilität ergebenden Regulierungsbedarf aufgreifen zu wollen, nachdem der Gesundheitssektor aus der Dienstleistungsrichtlinie ausgeklammert wurde.

Jenseits der bereits angesprochenen generellen Antriebskräfte bietet der Vergleich der Sektoren und Ebenen die Möglichkeit, Erklärungen für die besondere Ausprägung inter- und supranationaler Liberalisierungs- und Regulierungsmuster (Weichensteller) nachzugehen. Ein ideeller Weichensteller mit Erklärungskraft für die unterschiedliche Sozialregulierungsfähigkeit in den Sektoren könnten besonders

stark ausgeprägte Unterschiede in gesellschaftlichen Wertvorstellungen zur Qualität und Universalität der anzubietenden Dienstleistungen sein. Ökonomische Interessen der Staaten könnten insofern eine Weichensteller-Rolle spielen, als in vielen Staaten Gesundheitsdienstleistungen über öffentliche Versicherungen oder Steuern finanziert werden.³² Für den Telekommunikationssektor könnten insbesondere die durch Art. 86 EGV geschaffenen Kompetenzen der Kommission institutionelle Weichensteller mit Erklärungskraft sein (Schmidt 1998). Diese Kompetenzen gestatten der Kommission, den Sektor praktisch im Alleingang zu liberalisieren. Generell werden inter- und supranationale Institutionen in Gestalt der International Telecommunications Union (ITU) bzw. der Europäischen Kommission dank ihrer Ausstattung mit entsprechenden Kompetenzen, technischem Wissen und legitimen Entscheidungsprozeduren dazu beigetragen haben, dass im Falle von Telekommunikationsdienstleistungen ein gewisses Maß an Sozialregulierungsfähigkeit jenseits des Nationalstaats angelagert werden konnte. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) dagegen setzt weder Qualitätsstandards für Gesundheitsdienstleister, noch koordiniert oder standardisiert sie Universaldienstleistungspflichten. Sie wirkt allerdings als ein (teilweise durchaus effektiver) Lernmechanismus, der Daten erhebt, Informationen verbreitet und Leitlinien entwickelt.

c) Arbeitssicherheit und grundlegende Sozialstandards

Ein weiterer Bereich der Sozialregulierung, bei dessen Analyse unsere Beschreibungs- und Erklärungskategorien sich bewähren müssen, umfasst rechtliche Regelungen zum Schutz der Gesundheit sowie der physischen und sozialen Sicherheit von Arbeitnehmern. Innerhalb dieses Bereichs gibt es auffällige erklärungsbedürftige Unterschiede zwischen dem technischen Arbeitsschutz und anderen Arbeitsbedingungen (im folgenden „Sozialstandards“).

Die einschlägige Sekundärrechtssetzung der EG enthält – gestützt auf Art. 137 (1) EGV – Mindeststandards für den Arbeits- und Sozialschutz, die durch Vereinbarungen der Sozialpartner auf europäischer Ebene ergänzt werden können. Mit qualifizierter Mehrheit können neben dem klassischen Arbeitsschutz Regelungen u.a. zur sozialen Sicherheit, zur Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern, zur kollektiven Interessenvertretung und zur Chancengleichheit der Geschlechter getroffen werden. Ausdrücklich ausgeklammert sind das Koalitions-, Streik- und Ausspernungsrecht (Art. 137 (5) EGV).

In der WTO dagegen hat sich für die Beachtung grundlegender Arbeits- und Sozialstandards im internationalen Handel³³ bisher kein institutioneller Nukleus

³² Weil die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen gemeinhin als unbegrenzt gilt, vermeiden es die Staaten aus Kostengründen möglicherweise gänzlich, Zugeständnisse zu machen.

³³ *Literaturauswahl:* Charnovitz (1994); Leary (1996); ICFTU (1999); Scherrer, Greven & Frank (1998); Scherrer & Greven (1999); Howse (1999); Brown (2001); Singh & Zammit (2000); Morici &

herausgebildet. Allerdings hat der *Appellate Body* der WTO das Recht der Mitglieder bekräftigt, Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer vor Gesundheitsgefahren zu ergreifen.³⁴

Über verschiedene wirtschaftliche Anreizmechanismen kann aber eine Verbindung zwischen grundlegenden Arbeits- und Sozialstandards und dem WTO-Recht hergestellt werden: (i) Die EG hat im Juni 2005 eine neue Verordnung über ein Schema *allgemeiner Zollpräferenzen* (APS) beschlossen.³⁵ In Weiterentwicklung des bisherigen Systems soll Entwicklungsländern ein bevorzugter Zugang zum Gemeinschaftsmarkt gewährt werden, wenn sie acht Übereinkommen der UN zu den wichtigsten Menschenrechten, acht Übereinkommen der ILO zu Arbeitnehmerrechten³⁶, drei Übereinkommen der UN bezüglich Drogen und sieben multilaterale Übereinkommen zum Schutz der Umwelt ratifizieren und tatsächlich umsetzen. In dem durch Indien angestregten Streitfall über das gemeinschaftliche APS hielt der Appellate Body es für zulässig, unterschiedliche Zollsätze zu erheben, sofern eine Gleichbehandlung aller APS-Begünstigten, die die gleichen Bedingungen erfüllen, sichergestellt ist.³⁷ (ii) *Produktkennzeichnung* bietet die Möglichkeit, die Einhaltung grundlegender Arbeitsstandards bei der Produktion hervorzuheben (*social labelling*).³⁸ Freiwillige Kennzeichnungsregeln gelten als marktkonforme Instrumente zur Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten und zur Ergänzung verbindlicher Sozialstandards. „*Fair Trade*“-Kennzeichnungssysteme müssen Kriterien der Nichtdiskriminierung und Transparenz erfüllen.

Über diese Anreizmechanismen hinaus bleiben erfolgversprechende Maßnahmen weitgehend den Initiativen von Unternehmen und von zivilgesellschaftlichen Organisationen überlassen. Im globalen wirtschaftlichen Austauschprozess verschiebt sich damit das wirtschaftspolitische Steuerungspotenzial von der Politik in Richtung global agierender Unternehmen. Besonders erwähnenswert ist hier (iii) das Konzept der „*Corporate Social Responsibility*“³⁹, demgemäß Unternehmen freiwillig über die ohnehin einzuhaltenden gesetzlichen Anforderungen hinausge-

Schulz (2001); Moorman (2001); Addo (2002); Großmann, Busse, Fuchs & Koopmann (2002); Wai (2003); OECD (2004a, 2004b); Memmen (2004); Blanpain & Colucci (2004); Blüthner (2004); Burianski (2004); Spelten (2005).

³⁴ WT/DS135/AB/R – Measures Affecting Asbestos and Products Containing Asbestos.

³⁵ ABl. L 169 v. 30.6.2005, 1-43.

³⁶ Zu den fundamentalen Arbeitsnormen der ILO vgl. ILO (1998) und Brupbacher (2002). – Zur menschenrechtlichen Dimension grundlegender Arbeitsstandards vgl. Reuß (1999); Blüthner (2004); Alston (2005).

³⁷ WT/DS246/AB/R, 7.4.2004. Vgl. dazu Howse (2003); Jessen (2004). Siehe auch Cottier & Evtimov (2002); Grossman & Sykes (2005).

³⁸ Zur Vereinbarkeit mit dem WTO-Recht siehe Lopez-Hurtado (2002).

³⁹ Vgl. Europäische Kommission (2001, 2002); Pruzan-Jørgensen, Michael, Jørgensen & Cramer (2004).

hende Verpflichtungen übernehmen. Sozialgütesiegel sollen garantieren, dass die betreffenden Erzeugnisse frei von Ausbeutung und ohne missbräuchliche Praktiken auf allen Stufen des Produktionsprozesses hergestellt worden sind. Auch (iv) der *UN Global Compact*⁴⁰ vernetzt wirtschaftliche, gesellschaftliche⁴¹ und politische Strukturen. Er zielt in materieller Hinsicht auf die Verwirklichung von zehn fundamentalen Prinzipien des UN-Systems in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltstandards und Korruptionsbekämpfung. In prozeduraler Hinsicht gelten für die Mitglieder politisch-moralisch bindende Selbstverpflichtungserklärungen. In das Vorfeld des soft law gehören auch die Dreigliedrige Grundsatzerklärung der ILO über Multinationale Unternehmen und Sozialpolitik sowie die *OECD-Guidelines für Multinationale Unternehmen*.

Die Unterschiede in der Sozialregulierungsfähigkeit in den Bereichen der technischen Arbeitssicherheit und der grundlegenden Sozialstandards dürften sich vor allem auf Interessenkonstellationen zurückführen lassen. Dass grundlegende Sozialstandards Prozessstandards in Reinform sind, könnte bei der Erklärung helfen, warum sich in der WTO keine Positivintegration, sondern nur von ihr geduldete Anreizformen herausgebildet haben. Produzenten technischer Geräte oder gefährlicher Stoffe haben dagegen ein Interesse an sozialregulatorischen Rahmenbedingungen zum Schutz der Anwender in Form von Produktstandards. Diese finden sich in international abgestimmten Legislativakten und in technischen Standards.

Das unterschiedliche Ausmaß an Sozialregulierungsfähigkeit bei grundlegenden Sozialstandards in der WTO und bei sozialpolitischen Maßnahmen in der EG ist vermutlich auch durch die jeweilige Verteilung von Kosten und Nutzen und deren Intensität beeinflusst. Als ein Teilaspekt der sozialen Dimension der Globalisierung⁴² ist die Berücksichtigung grundlegender Arbeitsstandards im Welthandelsrecht höchst umstritten. Weniger entwickelte Länder fürchten um ihre komparativen Kostenvorteile und wehren sich gegen eine Berufung auf grundlegende Arbeitsstandards zur Begründung handelsbeschränkender Maßnahmen. In der EG dagegen sind Kosten und Nutzen gleichmäßiger verteilt und ihre Intensität ist vergleichsweise geringer. Mitentscheidend dafür, dass die EG immerhin sogar bei reinen Prozessstandards Positivintegration erreichen konnte, dürfte auch sein, dass Regelungen zur Sozialpolitik mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden können. In der WTO dagegen müsste die Entscheidung über eine Verknüpfung des WTO-Rechts mit

⁴⁰ *Literaturauswahl*: Hamm (2002); Petersmann (2002); Kell & Levin (2002); Brinkmann & Pies (2003); Blüthner (2003); McIntosh, Waddock & Kell (2004); Sahlin-Andersson (2004). Detaillierte Informationen finden sich unter <http://www.unglobalcompact.org>.

⁴¹ Zur Rolle von NGOs zur Durchsetzung grundlegender Arbeitsstandards vgl. Hirsch (2004).

⁴² Grundlegend: Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung (2004); ILO (2004). Vgl. zu der Thematik auch weite Passagen des Schlussberichtes der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (2002).

dem Regelwerk der ILO einstimmig erfolgen. Zusätzlich zu den benannten erklärenden Interessen und Institutionen sollen auch weitere erklärende Weichensteller in den Blick genommen werden, die sich im Verlauf der Forschung als wichtig erweisen. Denkbar ist zum Beispiel, dass auch der Institutionalisierung des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene eine wichtige erklärende Funktion zukommt.

3.4.5 *Arbeitsprogramm und Zeitplan*

Für das vorstehend vorgestellte Forschungsprogramm benennt die folgende Übersicht die größeren Arbeitsschritte. Die interne Arbeitsteilung ergibt sich aus den Aufgabenbeschreibungen der Projektmitarbeiter unter 3.8.1.1 und 3.8.1.2.

Arbeitsschritte	2007		2008		2009		2010	
Vollständige Katalogisierung erklärender Hypothesen aus eigenen Befunden und der Literatur								
Erste Runde vertiefender Fallstudien (Telekom-Dienstleistungen, Arbeitsschutz, Gentechnik)								
Zweite Runde vertiefender Fallstudien (Gesundheits-Dienstleistungen, Sozialstandards)								
Entwicklung politikfeldspezifischer Erklärungsmodelle im Vergleich der Fallstudienbefunde								
Entwicklung übergreifender Erklärungsmodelle im Vergleich zwischen den Ebenen und Politikfeldern								
Systematisierung und Integration der Modelle; Vorbereitung der 3. Phase								

Entwicklungsperspektiven

Am Ende der zweiten Projektphase wird kein monokausales Erklärungsmodell stehen, sondern eine systematisierte Zusammenstellung von Bedingungsfaktoren, deren Einfluss auf die jeweils unterschiedliche Art der Internationalisierung und das Ausmaß der Sozialregulierungsfähigkeit in einzelnen Politikfeldern erkennbar wird. Diese Zusammenstellung von Erklärungsmodulen dient als Ausgangspunkt für weitergehende normative und makrotheoretische Erwägungen in der dritten Phase. Dabei geht es um Perspektiven und Modelle für die (wirksame und legitime) sozialregulatorische Gestaltung des Welthandels und die weitere konstitutionelle Entwicklung der WTO und der EU. Die Koordination von marktschaffenden und marktkorrigierenden Maßnahmen kann von der WTO nicht im Alleingang geleistet werden, sondern erfordert eine Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen. Solche „institutionellen Interaktionen“ werden deshalb ein Kernthema der dritten

Phase sein.⁴³ Die Analysen können an den in den letzten Jahren erarbeiteten kritischen Perspektiven zur *Global Governance* anknüpfen.⁴⁴ Diese teilen mit unserer bisherigen Arbeit die Einsicht, dass die Nationalstaaten nicht notwendigerweise im gleichen Maße, in dem Aufgaben auf der internationalen Ebene oder im supranationalen Verbund der EU wahrgenommen werden, Einbußen ihrer Souveränität erleiden – dass also die arbeitsteilige Wahrnehmung von Souveränitätsrechten (*shared sovereignty*) kein Nullsummenspiel ist.⁴⁵ Schließlich ist an den Überlegungen zur Konstitutionalisierung der Welthandelsordnung anzuschließen, vor allem soweit sie sich mit der Einbettung der WTO in das Gefüge der internationalen Organisationen beschäftigen.⁴⁶

3.5 (entfällt)

3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojektes

Die Aufgaben der Beschreibung und der Erklärung des Wandels von Staatlichkeit, die die erste bzw. die geplante zweite Förderungsphase des Sfb kennzeichnen, sind in diesem Projekt eng miteinander verflochten. Einerseits wurden bereits während der ersten Phase die in der Literatur vorfindbaren relevanten erklärenden Hypothesen genutzt, um die Fallauswahl anzuleiten, und sie in der Konfrontation mit eigenen Befunden weiter zu entwickeln (s. oben unter 3.4.2). Andererseits wird die systematische Entwicklung von Erklärungen, die im Mittelpunkt der Arbeiten für die zweite Phase stehen soll, durch zusätzliche Fallstudien auf eine breitere empirische Basis gestellt, die – insbesondere im Fall der Arbeitsstandards und des Dienstleistungshandels – auch eine beschreibende Dimension haben werden (3.4.4).

⁴³ Dabei kann an die Diskussionen zu „*institutional linkages*“ und „*triangulating the WTO*“ angeknüpft werden, Leebron (2002); Charnovitz (2002a); Trachtman (2002a); Jackson (2002); siehe auch Bronckers (2001); Sampson (2004). Auch der jüngst vorgelegte Bericht einer Expertenkommission über die Zukunft der WTO greift damit verknüpfte Fragen auf, Consultative Board (2004, 35-48). Für den aktuellen politologischen Forschungsstand zu „institutioneller Interaktion“ vgl. Oberthür & Gehring (2006).

⁴⁴ Siehe dazu Brand u.a. (2000); O'Brien u.a. (2000); Held & McGrew (2002); Charnovitz (2002b); Mörth (2004); de Bièvre (2004); Joerges, Sand & Teubner (2004); Zangl & Zürn (2004); Ruffert (2004, 24-38); Held & Koenig-Archibugi (2005); und Schepel (2005).

⁴⁵ Vgl. Delbrück (1993 und 2003); Chayes & Handler (1995); Di Fabio (1998); Hobe (1998); Raustiala (2003); Cottier & Hertig (2003, 38-40).

⁴⁶ Vgl. Petersmann (1991, 1995, 2000); Cass (2001, 2005); Howse & Nicolaidis (2001, 2003); Krajewski (2001a, 2001b); Holmes (2001); Charnovitz (2002c); Di Matteo u.a. (2003); Hilf (2003); Benedek (2003); Cottier & Hertig (2003); Guzman (2004); Trachtman (2005).

Die Ergebnisse der bisher geleisteten Beschreibung weisen durchweg in Richtung einer *Internationalisierung*, wobei wir eine zusätzliche Differenzierung zwischen Negativ- und Positivintegration vornehmen, die wiederum helfen soll, unterschiedliche Ausprägungen der Fähigkeit zur Sozialregulierung – als dem hier interessierenden Kernelement der Staatlichkeit – zu erklären. Die diesbezüglichen Unterschiede zwischen den Politikfeldern und den Governance-Ebenen machen es aber notwendig, bei den avisierten Erklärungen einen Schwerpunkt auf verschiedene Arten von *Weichenstellern* zu legen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei wiederum der Eigenlogik rechtlicher Regulierung gewidmet, wie sie u.a. in Integrationsprinzipien (Nichtdiskriminierung, gegenseitige Anerkennung, usw.) und in juristischen Rechtfertigungskonstruktionen (wichtigstes Beispiel: Verhältnismäßigkeitsprinzip) zum Ausdruck kommt. Doch auch die *Antriebskräfte*, die die beobachteten Internationalisierungsprozesse verursachen, sollen in den Blick genommen werden. Die folgende Übersicht fasst die Einordnung des Projektes in den Gesamt-Sfb zusammen.

Tabelle 4: Verortung des Teilprojekts A1 im Sonderforschungsbereich

Beschreibung	
<i>Dimension von Staatlichkeit</i>	Recht (Regulierung)
<i>Achse des Wandels</i>	Internationalisierung (überwiegend Anlagerung)
<i>Korridorentwicklung</i>	–
Erklärung	
<i>Antriebskräfte</i>	– materiell: Produzenteninteresse an harmonisierten Produktstandards – ideell: – – institutionell: Aktivismus supranationaler Institutionen bei der Schaffung bzw. Öffnung von Märkten
<i>Weichensteller</i>	– materiell: Verteilung und Intensität von ökonomischen Interessen der Staaten – ideell: wissenschaftliche Expertise, gesellschaftliche Werte, Rechtsprinzipien – institutionell: Entscheidungsregeln, juristische Bearbeitungsformen

Stellung in der A-Säule

Innerhalb der auf die Rechtsdimension von Staatlichkeit orientierten A-Säule konzentriert sich das hier beantragte Teilprojekt auf die spezifische Rechtsfunktion der *Regulierung* (nicht Infrastrukturbereitstellung oder Streitbeilegung). Dies verbindet dieses Teilprojekt innerhalb der A-Säule mit dem Teilprojekt A3 („Transnational Governance“). Während das Teilprojekt A3 jedoch Formen privater Regulierung im Blick hat, wird hier im Teilprojekt A1 auf Formen internationaler Regulierung fokussiert. Dies wiederum hat es mit den Teilprojekten A2 („Streitbeilegung“) und A5 („Privatrechtskodifikationen“) gemeinsam, die ihrerseits jedoch auf andere Rechtsfunktionen, nämlich die Streitbeilegung bzw. Infrastrukturbereitstellung ab-

zielen. Wie die anderen Teilprojekte der A-Säule hat das Teilprojekt A1 zudem auch die *Verfassungsfunktion* im Blick, also die legitimierende und kontrollierende Funktion „sekundärer“ Rechtsregeln gegenüber rechtlichen und politischen Steuerungsinstrumenten.

Verbindung zu Teilprojekten jenseits der A-Säule

Dementsprechend gibt es enge Verbindungen auch zu Projekten der B-Säule, und dort insbesondere zu B5 („Legitimationsgrundlagen“) und B3 („Transnationalisierung EU“). Die Verbindung zu B3 wird noch dadurch verstärkt, dass dort gegenwärtig u.a. das Problemfeld Gentechnik medienanalytisch bearbeitet wird. Die Kategorien dieser Analyse sind mit Unterstützung von A1-Mitarbeitern entwickelt worden, und ihre Ergebnisse könnten sich für den geplanten Vergleich von Routineentscheidungen und Wertkonflikten in der Lebensmittelsicherheitspolitik (s. oben, 3.4.4 a)) als hilfreich erweisen. Im Untersuchungsbereich Dienstleistungshandel gibt es außerdem Anknüpfungspunkte zum Projekt C3 („Gesundheitswesen“).

Entwicklungsperspektiven

Am Ende der zweiten Projektphase wird kein einzelnes und schon gar kein monokausales Erklärungsmodell stehen, sondern eine systematisierte Zusammenstellung von Bedingungsfaktoren, deren Einfluss auf die jeweils unterschiedliche Art von Internationalisierung und das Ausmaß der Fähigkeit zur Sozialregulierung in den untersuchten Politikfeldern erkennbar wird. Diese Zusammenstellung von Erklärungsmodulen bildet den Ausgangspunkt für weitergehende normative und makrotheoretische Erwägungen, die im Mittelpunkt der dritten Phase stehen sollen. Dabei geht es generell um Perspektiven und Modelle für die (wirksame und legitime) sozialregulatorische Gestaltung des Welthandels und die weitere konstitutionelle Entwicklung der WTO und der EU.

Schon jetzt ist klar, dass die Koordination von marktschaffenden und marktkorrigierenden Maßnahmen nicht von der WTO im Alleingang geleistet werden kann, sondern eine Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen erforderlich ist. „Institutionelle Interaktionen“ zwischen der WTO und anderen internationalen Organisationen werden deshalb ein Kernthema der dritten Phase sein.⁴⁷ Die Analysen können an den in den letzten Jahren erarbeiteten kritischen Perspektiven

⁴⁷ Dabei kann an die Diskussionen zu *institutional linkages* und *triangulating the WTO* angeknüpft werden (Leebron 2002; Charnovitz 2002a; Trachtman 2002a; Jackson 2002; s. auch Bronckers 2001; Sampson 2004). Auch der jüngst vorgelegte Bericht einer Expertenkommission über die Zukunft der WTO greift damit verknüpfte Fragen auf (Consultative Board 2004, 35-48). Zum aktuellen politologischen Forschungsstand zu „institutioneller Interaktion“ vgl. Oberthür & Gehring (2006).

zur *Global Governance* anknüpfen.⁴⁸ Diese teilen mit unserer bisherigen Arbeit die Einsicht, dass die Nationalstaaten nicht notwendigerweise im gleichen Maße, wie Aufgaben auf der internationalen Ebene oder im supranationalen Verbund der EU wahrgenommen werden, Einbußen ihrer Souveränität erleiden – dass also die arbeitsteilige Wahrnehmung von Souveränitätsrechten (*shared sovereignty*) kein Nullsummenspiel ist.⁴⁹ Schließlich ist an den Überlegungen zur Konstitutionalisierung der Welthandelsordnung anzuschließen, vor allem soweit sie sich mit der Einbettung der WTO in das Gefüge der internationalen Organisationen beschäftigen.⁵⁰

3.7 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten

Projekte der Antragsteller mit einem verwandten Zuschnitt werden weder von der DFG noch von anderen Drittmittelgebern gefördert. Einer der Antragsteller ist an den Anträgen der Universität Bremen auf Einrichtung einer sozialwissenschaftlich orientierten Graduiertenschule (^{BI}GSSS) in der „Ersten Förderlinie“ der „Excellence Initiative by the German Federal and State Governments“ vom September 2005 und April 2006 mit einem Beitrag beteiligt, der für den Sfb einschlägig ist. Diese Initiative fällt in die Zuständigkeit von DFG und Wissenschaftsrat.

⁴⁸ Siehe dazu Brand, Brunnengräber, Schrader, Stock & Wahl (2000); O'Brien, Götz, Scholten & Williams (2000); Held & McGrew (2002); Charnovitz (2002b); Mörth (2004); de Bièvre (2004); Joerges, Sand & Teubner (2004); Zangl & Zürn (2004); Ruffert (2004, 24-38); Held & Koenig-Archibugi (2005); und Schepel (2005).

⁴⁹ Vgl. Delbrück (1993, 2003); Chayes & Handler (1995); Di Fabio (1998); Hobe (1998); Raustiala (2003); und Cottier & Hertig (2003, 38-40).

⁵⁰ Vgl. Petersmann (1991, 1995, 2000); Cass (2001, 2005); Howse & Nicolaidis (2001, 2003); Krajewski (2001a, b); Holmes (2001); Charnovitz (2002c); Di Matteo, Dosanjh, Frantz, Bowal & Stoltenberg (2003); Hilf (2003); Benedek (2003); Cottier & Hertig (2003); Guzman (2004); und Trachtman (2005).

Literatur

- Addo, Kofi (2002) The Correlation Between Labour Standards and International Trade: Which Way Forward, in: *Journal of World Trade* **36**:2, 285-303
- Adlung, Rudolf (2005) *Public Services and the GATS*, Genf: WTO (Staff Working Paper ERSD-2005-03)
- Adlung, Rudolf & Martin Roy (2005) Turning Hills into Mountains? Current Commitments under the GATS and Prospects for Change, Genf: WTO (WTO Staff Working Paper ERSD-2005-0)
- Alston, Philip (2005) Labour Rights as Human Rights: The Not So Happy State of the Art, in: Philip Alston, Hg., *Labour Rights as Human Rights*, Oxford: Oxford University Press, 1-24
- Alter, Karen & Sophie Meunier-Aitsahalia (1994) Judicial Politics in the European Community: European Integration and the Pathbreaking *Cassis de Dijon* Decision, in: *Comparative Political Studies* **26**:4, 535-565
- Andresen, Steinar, Tora Skodvin, Arild Underdal & Jørgen Wettestad (2000) *Science and Politics in International Environmental Regimes*, Manchester: Manchester University Press
- Benedek, Wolfgang (2003) Die Konstitutionalisierung der Welthandelsordnung: Kompetenzen und Rechtsordnung der WTO, in: *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* **40**, 283-330
- Bernauer, Thomas (2005) Causes and Consequences of International Trade Conflicts over Agricultural Biotechnology, in: *International Journal of Biotechnology* **7**:1, 7-28
- de Bièvre, Dirk (2004) Governance in International Trade: Judicialisation and Positive Integration in the WTO, Bonn: Max Planck Institute for Research on Collective Goods (Preprints 2004/7)
- Blackett, Adelle (2001) Global Governance, Legal Pluralism and the Decentered State: A Labour Law Critique of Codes of Corporate Conduct, in: *Indiana Journal of Global Legal Studies* **8**:2, 401-447
- Blanpain, Roger & Michele Colucci (2004) *The Globalization of Labour Standards. The Soft Law Track, Global Compact, ILO Principles, NAFTA Agreement, OECD Guidelines*, The Hague: Kluwer Law International
- Blüthner, Andreas (2003) The Global Compact and the WTO „Trade ands“ – Implementing Universal Values in the Globalization Process, in: Martin Nettesheim & Gerald G. Sander, Hg., *WTO-Recht und Globalisierung* Berlin: Duncker & Humblot, 313-334
- Blüthner, Andreas (2004) *Welthandel und Menschenrechte in der Arbeit. The Compatibility of Human Rights at Work with the WTO-System*, Frankfurt a.M.: Lang
- Bogdandy, Armin von (2002) Verfassungsrechtliche Dimensionen der Welthandelsorganisation, in: *Kritische Justiz* **34**:3, 264-281 (Teil 1), **34**:4, 425-441 (Teil 2)
- Boisson de Chazournes, Laurence & Moïse Makane Mbengue (2004) GMOs and Trade: Issues at Stake in the EC Biotech Dispute, in: *Review of European Community and International Environmental Law* **13**:3, 289-305
- Bourgoignie, Thierry & David M. Trubek (1987) *Consumer Law, Common Markets and Federalism in Europe and the United States*, Berlin: de Gruyter
- Braga, Carlos A.P., Carsten Fink & Bernhard Hoekman (2002) Telecommunications-related Services: Market Access, Deeper Integration and the WTO, Hamburg: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA Discussion Paper 158)
- Brand, Ulrich, Achim Brunnengräber, Lutz Schrader, Christian Stock & Peter Wahl (2000) *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?*, Münster: Westfälisches Dampfboot

- Brinkmann, Johanna & Ingo Pies (2003) Global compact als Beitrag zu Global Governance: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven, Wittenberg: Wittenberg Centre for Global Ethics (Discussion Paper No. 03-5)
- Bronckers, Marco C.E.J. (2001) More Power to the WTO?, in: *Journal of International Economic Law* 4:1, 41-65
- Brown, Drusilla K. (2001) Labour Standards: Where do they Belong on the International Trade Agenda?, in: *Journal of Economic Perspectives* 15:3, 89-112
- Brupbacher, Stefan (2002) *Fundamentale Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation. Eine Grundlage der sozialen Dimension der Globalisierung*, Bern: Stämpfli
- de Búrca, Gráinne & Joanne Scott, Hg. (2001) *The EU and the WTO: Legal and Constitutional Issues*, Oxford: Hart Publishing
- Burianski, Markus (2004) *Globalisierung und Sozialstandards. Der Schutz von Kernarbeitsrechten im und durch den internationalen Handel*, Hamburg: Kovac
- Busch, Marc L. & Robert Howse (2003) *A (Genetically Modified) Food Fight: Canada's WTO Challenge to Europe's Ban on GM Products*, Toronto, C.D.: Howe Institute
- Cass, Deborah Z. (2001) The "Constitutionalization" of International Trade Law: Judicial Norm-Generation as the Engine of Constitutional Development in International Trade, in: *European Journal of International Law* 12:1, 39-75
- Cass, Deborah Z. (2005) *The Constitutionalization of the World Trade Organization. Legitimacy, Democracy, and Community in the International Trading System*, Oxford: Oxford University Press
- Charnovitz, Steve (1994) The World Trade Organization and Social Issues, in: *Journal of World Trade* 28:5, 17-33
- Charnovitz, Steve (2002a) Triangulating the World Trade Organization, in: *American Journal of International Law*, 96:1, 28-55
- Charnovitz, Steve (2002b) *Trade Law and Global Governance*, London: Cameron May
- Charnovitz, Steve (2002c) WTO Cosmopolitics, in: *New York University Journal of International Law and Politics* 34:2, 299-354
- Chayes, Abram & Antonia Handler Chayes (1995) *The New Sovereignty – Compliance with International Regulatory Agreements*, Cambridge, MA: Harvard University Press
- Consultative Board to the Director-General Supachi Panitchpakdi (2004) *The Future of the WTO. Addressing institutional challenges in the new millennium*, Geneva: WTO
- Cottier, Thomas (1998) The WTO and Environmental Law: Three Points for Discussion, in: Agata Fijalkowski & James Cameron, Hg., *Trade and the Environment: Bridging the Gap*, London: Cameron & May, 56-64
- Cottier, Thomas & Erik Evtimov (2002) Präferenzielle Abkommen der EG: Möglichkeiten und Grenzen im Rahmen der WTO, in: *Zeitschrift für europarechtliche Studien* 2000, 477-506
- Cottier, Thomas & Maya Hertig (2003) The Prospects of 21st Century Constitutionalism, in: Armin von Bogdandy & Rüdiger Wolfrum, Hg., *Max-Planck-Yearbook of United Nations Law* 7, 261-328
- Cottier, Thomas, Petros C. Mavroidis & Patrick Blatter, Hg. (2000) *Regulatory Barriers and the Principle of Non-discrimination in World Trade Law*, Ann Arbor, MI: The University of Michigan Press
- Craig, Paul (1992) Once Upon a Time in the West. Direct Effect and the Federalization of EEC Law, in: *Oxford Journal of Legal Studies* 12:4, 453-479

- Craig, Paul & Gráinne de Búrca (1995) *EC Law: Texts, Cases and Materials* Oxford: The Clarendon Press of Oxford University Press
- Delbrück, Jost (1993) Globalization of Law, Politics and Markets – Implications for Domestic Law. A European Community Perspective, in: *Indiana Journal of Global Legal Studies* 1:1, 9-36
- Delbrück, Jost (2003) Das Staatsbild im Zeitalter wirtschaftsrechtlicher Globalisierung, Halle: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Wirtschaftsrecht (Arbeitspapiere, Heft 3, Juli)
- Di Fabio, Udo (1998) *Das Recht offener Staaten: Grundlinien einer Staats- und Rechtstheorie*, Tübingen: Mohr Siebeck
- Di Matteo, Larry A., Kiren Dosanjh, Paul L. Frantz, Peter Bowal & Clyde Stoltenberg (2003) The Doha Declaration and Beyond: Giving a Voice to Non-Trade Concerns within the WTO Trade Regime, in: *Vanderbilt Journal of Transnational Law* 36:1, 95-160
- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (2002) *Globalisierung der Weltwirtschaft. Schlussbericht*, Opladen: Leske + Budrich
- Europäische Kommission (1996) Mitteilung an den Rat, Der Zusammenhang zwischen dem Handelssystem und den international anerkannten Arbeitsnormen, Brüssel: Europäische Kommission (KOM (1996) 402 endg. v. 24.7.1996)
- Europäische Kommission (1999) Mitteilung an den Rat über „fairen Handel“, Brüssel: Europäische Kommission (KOM (1999), 619 endg. v. 29.11.1999)
- Europäische Kommission (2001) Grünbuch „Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung von Unternehmen“, Brüssel: Europäische Kommission (KOM (2001) 366 endg. v. 18.7.2001)
- Europäische Kommission (2002) Mitteilung betreffend die soziale Verantwortung der Unternehmen: ein Unternehmensbeitrag zur nachhaltigen Entwicklung, Brüssel: Europäische Kommission (KOM (2002) 347 endg. v. 2.7.2002)
- Fritz, Thomas & Peter Fuchs (2003) GATS: Public Services under Pressure to Liberalize: The GATS Negotiations in the WTO – A Challenge for International Civil Society, Heinrich Böll Stiftung: Global Issues Paper (s. http://www.boell.de/downloads/global/GIP1GATS_Engl.pdf)
- Genschel, Philipp (1995) *Standards in der Informationstechnik. Institutioneller Wandel in der internationalen Standardisierung*, Frankfurt a.M.: Campus
- Grossman, Gene M. & Alan O. Sykes (2005) A Preference for Development: The Law and Economics of GSP, in: *World Trade Review* 4:1, 41-67
- Großmann, Harald, Matthias Busse, Deike Fuchs & Georg Koopmann (2002) *Sozialstandards in der Welthandelsordnung*, Baden-Baden: Nomos
- Gstöhl, Sieglinde & Robert Kaiser (2004) Vernetztes Regieren in der globalen Handelspolitik. Zur Rolle internationaler Standards in der Welthandelsorganisation, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 11:2, 179-202
- Guzman, Andrew (2004) Global Governance and the WTO, in: *Harvard International Law Journal* 45:2, 303-352
- Hall, Peter A. (1997) The Role of Interests, Institutions, and Ideas in the Comparative Political Economy of the Industrialized Nations, in: Mark I. Lichbach & Alan S. Zuckerman, Hg., *Comparative Politics: Rationality, Culture, and Structure*, Cambridge: Cambridge University Press, 174-207

- Hamm, Brigitte, Hg. (2002) *Public-Private Partnership und der Global Compact der Vereinten Nationen*, Duisburg: Universität Duisburg-Essen, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF Report Nr. 62/2002)
- Hay, Colin (2004) Ideas, Interests and Institutions in the Comparative Political Economy of Great Transformations, in: *Review of International Political Economy* 11:1, 204-226
- Held, David & Mathias Koenig-Archibugi, Hg. (2005) *Global Governance and Public Accountability*, Malden, MA: Blackwell Publishing
- Held, David & Anthony McGrew, Hg. (2002) *Governing Globalization. Power, Authority and Global Governance* Cambridge, UK: Blackwell
- Hilf, Meinhard (2003) Die Konstitutionalisierung der Welthandelsordnung: Struktur, Institutionen, Verfahren, in: *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 40, 257-282
- Hirsch, Moshe (2004) Enhancing the Role of NGOs in the Global Arena: Towards a New Regime on International Labor Standards, in: Eyal Benvenisti & Georg Nolte, Hg., *The Welfare State, Globalization, and International Law*, Berlin u.a.: Springer, 411-438
- Hobe, Stephan (1998) *Der offene Verfassungsstaat zwischen Souveränität und Interdependenz. Eine Studie zur Wandlung des Staatsbegriffs der deutschsprachigen Staatslehre im Kontext institutionalisierter Kooperation*, Berlin: Duncker & Humblot
- Holmes, Peter (2001) The WTO and the EU: Some Constitutional Comparisons, in: Gráinne de Búrca & Joanne Scott, Hg., *The EU and the WTO: Legal and Constitutional Issues* Oxford: Hart Publishing, 59-80
- Holmes, Peter (2004) *The WTO and Domestic Regulation*, Manchester, UK: The University of Manchester, Centre on Regulation and Competition at the Institute for Development Policy (Working Paper No. 78)
- Howse, Robert (1999) The World Trade Organization and the Protection of Workers' Rights, in: *Journal of Small and Emerging Business Law* 3:1, 131-172
- Howse, Robert (2003) Back to Court after Shrimp/Turtle? Almost but Not Quite Yet: India's Short Lived Challenge to Labor and Environmental Exceptions in the European Union's Generalized System of Preferences, in: *American University International Law Review* 18:5, 1333-1381
- Howse, Robert & Kalypso Nicolaidis (2001) Legitimacy and Global Governance: Why Constitutionalizing the WTO is a Step Too Far, in: Roger B. Porter, Pierre Sauvé, Arvind Subramanian, & Americo Beviglia Zampetti, Hg., *Efficiency, Equity, and Legitimacy: The Multilateral Trading System at the Millennium*, Washington, DC: Brookings Institution Press, 227-252
- Howse, Robert & Kalypso Nicolaidis (2003) Enhancing WTO Legitimacy: Constitutionalization or Global Subsidiarity?, in: Marco Verweij & Tim Josling, Hg., *Deliberately Democratizing Multilateral Organization*, Oxford: Blackwell, 73-94 (= Sonderheft *Governance* 16:1, 73-94)
- ICFTU – International Confederation of Free Trade Unions (1999) *Building Workers' Human Right into the Global Trading System*, Brussels: ICFTU
- ILO (1998) Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work, Geneva, 18. Juni 1998 (<http://www.ilo.org/public/eng/standards/decl/declaration/text/index.htm>)
- ILO (2004) *A Fair Globalization. The Role of the ILO*, Geneva: ILO
- Isaac, Grant E. & William A. Kerr (2003) Genetically Modified Organisms at the World Trade Organization: A Harvest of Trouble, in: *Journal of World Trade* 37:6, 1083-1095

- Jackson, John H. (2002) Afterword: The Linkage Problem – Comments on Five Texts, in: *American Journal of International Law* **96**:1, 118-125
- Jessen, Henning (2004) Zollpräferenzen für Entwicklungsländer: WTO-rechtliche Anforderungen an Selektivität und Konditionalität – Die GSP-Entscheidung des WTO Panel und Appellate Body, Halle: Juristische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Wirtschaftsrecht (Beiträge zum Wirtschaftsrecht, Heft 27)
- Kell, George & David Levin (2002) The Global Compact Network: An Historic Experiment in Learning and Action, in: *Business and Society Review* **108**:2, 151-181
- Kerr, William A. & Jill E. Hobbs (2002) The North American – European Union Dispute over Beef Produced Using Growth Hormones: A Major Test for the New International Trade Regime, in: *The World Economy* **25**:2, 283-296
- Koehler, Matthias (1999) *Das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS). Rahmenregelung zur Liberalisierung des internationalen Dienstleistungsverkehrs unter besonderer Berücksichtigung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs von Dienstleistungsanbietern*, Berlin: Duncker & Humblot
- Krajewski, Markus (2001a) *Verfassungsperspektiven und Legitimation des Rechts der Welthandelsorganisation (WTO)*, Berlin: Duncker & Humblot
- Krajewski, Markus (2001b) Democratic Legitimacy and Constitutional Perspectives of WTO Law, in: *Journal of World Trade* **35**:1, 167-186
- Krajewski, Markus (2003a) *National Regulation and Trade Liberalization in Services: The Legal Impact of the General Agreement on Trade in Services on National Regulatory Autonomy*, The Hague u.a.: Kluwer
- Krajewski, Markus (2003b) Public Services and Trade Liberalization: Mapping the Legal Framework, in: *Journal of International Economic Law* **6**:2, 341-367
- Krancke, Jan (2003) *Internationaler Handel mit Kommunikationsdienstleistungen. Anforderungen an ein multilaterales Regelwerk und die Reform des GATS*, Berlin: Springer
- Leary, Virginia A. (1996) Workers' Rights and International Trade: The Social Clause (GATT, ILO, NAFTA, U.S. Laws), in: Jagdish Bhagwati & Robert E. Hudec, Hg., *Fair Trade and Harmonization*, Bd. 2, Cambridge, MA: MIT Press, 177-230
- Leebron, David W. (2002) Linkages, in: *American Journal of International Law* **96**:1, 5-27
- Lepsius, M. Rainer (1990) *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Lopez-Hurtado, Carlos (2002) Social Labelling and WTO Law, in: *Journal of International Economic Law* **5**:3, 719-746
- Lowi, Theodore J. (1964) American Business, Public Policy, Case-studies, and Political Theory, in: *World Politics* **16**:4, 677-715
- Majone, Giandomenico (1996) Public Policy and Administration: Ideas, Interests and Institutions, in: Robert E. Goodin & Hans-Dieter Klingemann, Hg., *A New Handbook of Political Science*, Oxford: Oxford University Press, 610-627
- Marceau, Gabrielle & Joel P. Trachtman (2002) The Technical Barriers to Trade Agreement, the Sanitary and Phytosanitary Measures Agreement, and the General Agreement on Tariffs and Trade: A Map of the World Trade Organization Law of Domestic Regulations of Goods, in: *Journal of World Trade* **36**:5, 811-881

- Martini, Ulf (2002) *Die WTO und die rechtliche Entwicklung der Dienstleistungsfreiheit in den Mitgliedstaaten – unter besonderer Berücksichtigung des Telekommunikationsbereiches*, Frankfurt a. M.: Lang
- McIntosh Malcolm, Sandra Waddock & George Kell, Hg. (2004) *Learning to Talk: Corporate Citizenship and the Development of the UN Global Compact*, Sheffield, UK: Greenleaf Publishing
- Meins, Erika (2003) *Politics and Public Outrage: Explaining Transatlantic and Intra-European Divergence of Regulations on Food Irradiation and Genetically Modified Food*, Münster: Lit Verlag
- Memmen, Niels (2004) Implementationsmöglichkeiten von Sozialstandards in die Welthandelsorganisation (WTO), Oldenburg: Universität Oldenburg (Diss. 2003)
- Michaelis, Martin (2005) Dienstleistungshandel (GATS), in: Meinhard Hilf & Stefan Oeter, Hg., *WTO-Recht. Rechtsordnung des Welthandels*, Baden-Baden: Nomos, 375-414
- Mörth, Ulrika (Hg.) (2004) *Soft-Law in Governance and Regulation. An Interdisciplinary Analysis*, Cheltenham, Glos.: Edward Elgar
- Moorman, Yasmin (2001) Integration of ILO Core Rights Labor Standards into the WTO, in: *Columbia Journal of Transnational Law* 39:2, 555-583
- Moos, Flemming (2003) GATS-Rahmenvorschriften für die Regulierung im Telekommunikationsrecht, in: Martin Nettesheim & Gerald G. Sander, Hg., *WTO-Recht und Globalisierung*, Berlin: Duncker & Humblot, 157-187
- Morici, Peter & Evan Schulz (2001) *Labour Standards in the Global Trading System*, Washington D.C.: Economic Strategy Institute
- Neumann, Jan (2001) *Die Koordination des WTO-Rechts mit anderen völkerrechtlichen Ordnungen. Konflikte des materiellen Rechts und Konkurrenzen der Streitbeilegung*, Berlin: Duncker & Humblot
- Oberthür, Sebastian & Thomas Gehring, Hg. (2006) *Institutional Interaction in Global Environmental Governance: Synergy and Conflict among International and EU Policies*, Cambridge, MA: MIT Press
- O'Brien, Robert, Anne Marie Goetz, Jan Aart Scholte & Marc Williams (2000) *Contesting Global Governance: Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements*, Cambridge: Cambridge University Press
- OECD (2002) *GATS: The Case for Open Services Markets*, Paris: OECD
- OECD (2004a) *Trade, Employment and Labour Standards. A Study of Core Workers' Rights and International Trade*, Paris: OECD
- OECD (2004b) *International Trade and Core Labour Standards*, Paris: OECD
- Ohler, Christoph (2003) Handel mit Dienstleistungen, in: Wolfgang Weiß & Christoph Herrmann, Hg. *Welthandelsrecht*, München: Beck, 345-389
- Patterson, Lee Ann & Tim E. Josling (2002) *Regulating Biotechnology: Comparing EU and US Approaches*, Pittsburgh, PA: University of Pittsburgh, European Union Center (European Policy Papers no. 8)
- Pauwelyn, Joost (2005) Rien ne va plus? Distinguishing Domestic Regulation from Market Access in GATT and GATS, in: *World Trade Review* 4:2, 131-170
- Peel, Jacqueline, Rebecca Nelson & Lee Godden (2005), GMO Trade Wars: The Submissions in the US-EC Biotech Dispute in the WTO, in: *Melbourne Journal of International Law* 6:1, 141-166
- Petersmann, Ernst-Ulrich (1991) *Constitutional Functions and Constitutional Problems of International Economic Law*, Fribourg: University Press

- Petersmann, Ernst-Ulrich (1995) Rights and Duties of States and Rights and Duties of Their Citizens – Towards the „Constitutionalization“ of the Bretton-Woods-System Fifty Years after its Foundation, in: Ulrich Beyerlin, Michael Bothe & Rainer Hofmann, Hg., *Recht zwischen Umbruch und Bewahrung: Völkerrecht, Europarecht, Staatsrecht, Festschrift für Rudolf Bernhardt*, Berlin u.a.: Springer, 1087-1128
- Petersmann, Ernst-Ulrich (2000) The WTO Constitution and Human Rights, in: *Journal of International Economic Law* 3:1, 19-25
- Petersmann, Ernst-Ulrich (2002) Time for a United Nations „Global Impact“ for Integrating Human Rights into the Law of Worldwide Organizations: Lessons from European Integration, in: *European Journal of International Law* 13:3, 621-650
- Pitschas, Christian (2003) Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), in: Hans-Joachim Prieß & Georg M. Berrisch, Hg., *WTO-Handbuch*, München: Beck, 495-564
- Pollack, Mark A. & Gregory C. Shaffer (2004) Reconciling (or Failing to Reconcile) Regulatory Differences: The Ongoing Transatlantic Dispute over the Regulation of Biotechnology [DRAFT], Papier, vorgestellt auf the New Transatlantic Agenda and the Future of Transatlantic Economic Governance, 18.-19. June, European University Institute, Florenz
- Pruzan-Jørgensen, Peder Michael, Helle Bank Jørgensen & Aron Cramer (2004) *Public Sector Support for the Implementation of Corporate Social Responsibility (CSR) in Global Supply Chains: Conclusions from Practical Experience*, Washington: World Bank, International Finance Corporation
- Rasmussen, Hjalte (1986) *On Law and Policy in the European Court of Justice*, Dordrecht: Nijhof
- Raustiala, Kal (2003) Rethinking the Sovereignty Debate in International Economic Law, in: *Journal of International Economic Law* 6:4, 841-878
- Rehbinder Eckard & Richard B. Stewart (1985) *Environmental Protection Policy*, Berlin: de Gruyter
- Reuß, Matthias (1999) *Menschenrechte durch Handelssanktionen. Die Durchsetzung sozialer Standards im Rahmen der WTO*, Baden-Baden: Nomos
- Ruffert, Matthias (2004) *Die Globalisierung als Herausforderung an das Öffentliche Recht*, Stuttgart: Richard Boorberg Verlag
- Sahlín-Andersson, Kerstin (2004) Emergent Cross-Sectional Soft Regulations: Dynamics at Play in the Global Compact Initiative, in: Ulrika Mörth, Hg., *Law in Governance and Regulation. An Interdisciplinary Analysis*, Cheltenham, Glos.: Edward Elgar, 129-153
- Sampson, Gary P. (2004) Is there a Need for Restructuring the Collaboration among the WTO and UN Agencies so as to Harness their Complementarities?, in: *Journal of International Economic Law* 7:3, 717-727
- Sauvé, Pierre & Robert M. Stern, Hg. (2000) *GATS 2000 – New Directions in Services Trade Liberalization*, Washington, D.C.: The Brookings Institution Press
- Scharpf, Fritz W. (1996a) Negative and Positive Integration in the Political Economy of European Welfare States, in: Gary Marks, Fritz W. Scharpf, Philippe C. Schmitter & Wolfgang Streeck, *Governance in the European Union* London: Sage, 15-39
- Scharpf, Fritz W. (1996b) Mehrebenenpolitik im vollendeten Binnenmarkt, in: Thomas Ellwein, Dieter Grimm, Joachim Jens Hesse & Gunnar Folke Schuppert, Hg., *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft* 8, 351-377
- Scharpf, Fritz W. (1999) *Regieren in Europa: Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt a.M.: Campus

- Schepel, Harm (2005) *The Constitution of Private Governance. Product Standards in the Regulation of Integrating Markets*, Oxford: Hart
- Scherrer, Christoph & Thomas Greven (1999) *Soziale Konditionalisierung des Welthandels: Die Instrumentelle Sozialklausel, Verhaltenskodex und Gütesiegel in der Diskussion*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Scherrer, Christoph, Thomas Greven & Volker Frank (1998) *Sozialklauseln. Arbeiterrechte im Welthandel*, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Schmidt, Susanne K. (1998) Commission Activism. Subsuming Telecommunications and Electricity under European Competition Law, in: *Journal of European Public Policy* 5:1, 169-184
- Scott, Joanne (2004) European Regulation of GMOs: Thinking about "Judicial Review" in the WTO, New York: New York University Law School (Jean Monnet Paper 04/04)
- Senti, Richard (2006) *Die WTO im Spannungsfeld zwischen Handel, Gesundheit, Arbeit und Umwelt. Geltende Ordnung und Reformvorschläge*, Baden-Baden: Nomos
- Singh, Ajit & Ann Zammit (2000) *The Global Labour Standards Controversy. Critical Issues for Developing Countries*, Geneva: South Centre, UNDP
- Spelten, Wolfram (2005) *WTO und nationale Sozialordnungen. Ethische, ökonomische und institutionelle Dimensionen der Integration einer Sozialklausel in das Welthandelsrecht*, Berlin: Duncker & Humblot
- Trachtman, Joel P. (2002a) Institutional Linkage: Transcending „Trade and...“, in: *American Journal of International Law* 96:1, 77-93
- Trachtman, Joel P. (2002b) Lessons for GATS Article VI from the SPS, TBT and GATT Treatment of Domestic Regulation, OECD-World Bank Services Experts Meeting, 4-5 March 2002, Paris
- Trachtman, Joel P. (2005) The WTO Constitution: Tertiary Rules for Intertwined Elephants (ExpressO Preprint Series 753; <http://law.bepress.com/expresso/eps/>)
- Wai, Robert (2003) Countering, Branding, Dealing: Using Economic and Social Rights in and around the International Trade Regime, in: *European Journal of International Law* 14:1, 35-84
- Weiler, Joseph H.H. (1981) The Community System: the Dual Character of Supranationalism, in: *Yearbook of European Law* 1, 267-306
- Weiss, Friedl (1995) The General Agreement on Trade in Services 1994, in: *Common Market Law Review* 32, 1177-1225
- Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung – WCDSG (2004) *Eine faire Globalisierung: Chancen für alle schaffen* Genf, Februar 2004, s. <http://www.ilo.org/public/english/faithglobalization/report/index.htm>
- Werle, Raymond (2002) Standards in the International Telecommunications Regime, in: Paolo Guerrieri & Hans-Eckart Scharrer, Hg., *Trade, Investment and Competition Policies in the Global Economy: The Case of the International Telecommunications Regime*, Baden-Baden: Nomos, 243-282
- Winickoff, David, Sheila Jasanoff, Lawrence Busch, Robin Grove-White & Brian Wynne (2005) Adjudicating the GMO Food Wars: Science, Risk, and Democracy in World Trade Law, in: *Yale Journal of International Law* 30:1, 81-123
- WTO Secretariat (2000) *Guide to the GATS: An Overview over the Issues for Further Liberalization of Trade in Services*, London, The Hague u.a.: Kluwer Law International

Fortsetzungsantrag
Teilprojekt A1 (Falke/Joerges)

184

Staatlichkeit im Wandel
Bereich A: Rechtsstaat

Zangl, Bernhard & Michael Zürn (2004) Make Law, Not War: Internationale und transnationale Verrechtlichung als Baustein für Global Governance, in: Bernhard Zangl & Michael Zürn, Hg., *Verrechtlichung – Baustein für Global Governance?*, Bonn: Dietz, 12-45